

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Estland, Lettland 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdkunde und Kleinarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 3. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollständigste: Berlin 37 534 - Bankkonto: Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin 1.

Anzeigenpreise:
Die einseitige Annoncenzeile 80 Pfennig, Annoncenzeile 2.- Reichsmark. „Kleinanzeigen“ das fertige Wort 20 Pfennig (außer bei zwei fertigen Worten), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Wagen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Volksentscheid-Debatte im Landtag.

Die bürgerlichen Parteien gegen Enteignung, aber ihre Wähler dafür!

Die Deutschnationalen waren nicht gut beraten, als sie gestern im Landtag eine Debatte über die Enteignung der Fürstenermögen entfesselten. Für sie erhob Herr v. Rohr Angriffe auf den demokratischen Finanzminister Dr. Höpfer-Mschoff, weil dieser angeblich Partei gegen die Fürsten nehme und sie zugunsten des Staates berauben wolle.

Dabei ist Herr Dr. Höpfer-Mschoff, wie er nachher selbst erklärte, nicht einmal ein Anhänger der entschuldigungslosen Enteignung. Die folgende Debatte zeigte, wie schwach die Stellung der ganzen und halben Gegner des Volksentscheids ist, und sie brachte zwei ausgezeichnete Reden der Genossen Dr. Waentig und Otto Meier.

Auch für diese Debatte war es kennzeichnend, daß sie nicht im Zeichen des Kampfes um die Staatsform geführt wurde. Von der konservativen Richtung in der deutschnationalen Partei war vor Wochen verkündet worden, man werde im Kampfe gegen die Enteignung das Banner der Monarchie erheben. Davon ist nicht mehr die Rede. Man weiß, daß man mit diesem Banner keinen Hund mehr vom Ofen lockt. Es ist nicht mehr die Rede von den angeblichen Verdiensten der Fürsten, die eine Milliardenbelohnung rechtfertigen sollen. Man weiß, daß Achselzucken und Kopfschütteln die Antwort darauf ist. Man versucht auch nicht mehr die Tränenrösten zu reizen mit einer rühreligen Beschreibung des Schicksals, dem die Fürsten durch den Verlust ihres Vermögens verfallen würden. Man weiß, daß dann Millionen ihre Taschen umdrehen und sagen werden: „Wir haben ja auch nichts!“

Und so bleibt auch hier wieder nicht anderes als der Appell an die Solidarität der Besitzenden. Zwar bilden die Besitzenden im Volke nur eine kleine Minderheit, aber diese Minderheit hat Macht. Sie beherrscht Parteiapparate und Zeitungen. Sie hat Geld, um Broschüren und Flugblätter zu bezahlen. Sie hat, solange nicht die Sozialdemokratie die Mehrheit gewonnen hat, letzten Endes doch immer noch die Mehrheit hinter sich.

Und so alarmiert man die Besitzenden mit dem Schreckensruf, der schon in Heines Gedicht „Die Wanderer“ zu lesen ist:

Gefährdet ist das Palladium
Des sittlichen Staates, das Eigentum.

Die Besitzenden im deutschen Volke sind zum großen Teil politische Dummköpfe. Wären sie es nicht, so würden sie bald merken, daß man sie hier für eine Sache einzuspinnen versucht, mit der sie gar nichts zu tun haben. Mit Recht hat Gen. Dr. Waentig hervorgehoben, daß es sich bei dem Plan der Fürstenernteignung um einen Spezialfall von politischer Bedeutung handelt. Sonst wäre ja der nationale Heros Bismarck ein Sozialdemokrat oder gar ein wüster Bolschewist gewesen, da er die Welfen zugunsten des preussischen Staat „beraubte“.

Zu dem wertvollsten Ertrag der Debatte gehört die Erklärung des demokratischen Falk, er sei zwar ebenso wie die meisten seiner Freunde ein Gegner der entschuldigungslosen Enteignung, doch würden seine Anhänger im Lande ihm die Gefolgschaft verweigern, wenn er sie auf diesen ablehnenden Standpunkt festnageln wollte. Und als sich darob auf der Rechten Gelächter erhob, versicherte der Demokrat, daß es ja mit den Anhängern der Rechten nicht anders bestellt sei, eine Bemerkung, die Genosse Meier in seiner späteren Rede noch einmal unterstrich.

Damit ist zugegeben, daß die Bewegung für die Enteignung der Fürstenermögen die bisherigen Grenzen der sozialistischen Arbeiterbewegung weit überschritten und tief in die Wählererschaft der bürgerlichen Parteien hineingegriffen hat — eine Tatsache, die ja schon in den Ziffern des Volksbegehrens deutlich genug hervortrat.

Erstaunlich war das Verhalten des früheren volksparteilichen Finanzministers Dr. v. Richter, der seinem Amtsnachfolger vorwarf, nicht fest genug zu dem Vertrag geblieben zu haben, den er mit der Vermögensverwaltung der Hohenzollern abgeschlossen hatte. Dieser Vertrag war doch noch gar nicht rechtskräftig geworden, er brauchte dazu die Billigung durch den Landtag, die durchaus zweifelhaft war, und er war abgeschlossen worden unter dem Druck der Tatsache, daß die Reichsregierung verlagert hatte. Jetzt hat sich durch die Initiative derer, die den Volksentscheid in die Wege leiteten, die Lage des preussischen Staates gegenüber den

habfüchtigen Forderungen der ehemaligen Dynastie verbessert — und der Sachwalter der finanziellen Staatsinteressen hätte an dieser Besserung achlos vorübergehen sollen? Das verlangt von ihm ein Mann, der selber zuvor preussischer Finanzminister gewesen ist!

Auch die Rede des Vertreters der Wirtschaftlichen Vereinigung, Müller-Franken, des anderen, war nur ein Beweis für die an Verzweiflung grenzende Verlegenheit, in der sich die Gegner des Volksentscheids befinden. Seine salomonische Entscheidung, die Fürsten sollten keinen Pfennig weniger, aber auch keinen Pfennig mehr erhalten, als ihnen zustehe, rief begreiflicherweise stürmisches Gelächter der Linken hervor: denn was den Fürsten „zusteht“ und was ihnen nicht „zusteht“, das ist ja eben die große Frage, und die will dieser Müller-Franken lösen, bis auf den Pfennig genau!

Seine Anhänger, die zum großen Teil Angehörige des verarmten Mittelstandes sind, werden schon die richtige Antwort finden:

„Keinen Pfennig den Fürsten!“

Es ist schade, daß nicht das ganze deutsche Volk die Reden, die gestern gehalten wurden, gehört hat. Denn wer noch gestern etwa als Pessimist für den Volksentscheid in den Landtag ging, der ist gewiß als Optimist wieder herausgegangen.

Gründlicher konnten die Gegner die Schwäche ihrer Position nicht enthüllen, als es geschehen ist. Das Bewußtsein, für eine schlechte Sache zu kämpfen, steht ihnen an die Stirn geschrieben. Mit neuer Schwungkraft geht der Ruf ins Land hinaus:

Keinen Pfennig den Fürsten!

Im weiteren Verlauf der gestrigen Haushaltsberatung im Landtag hielt Abg. Rohr (Dnat.) eine maßlose Hejrede zu der Frage der Fürstenernteignung. Das veranlaßte

Finanzminister Höpfer-Mschoff

zu einer Erwiderung, in der er ausführte: In einer Monarchie ist die Krone bei einer Auseinandersetzung mit dem Staat Partei. Der König kann kraft seiner staatsrechtlichen Stellung entscheiden eingreifen. Der König von Preußen hat das wiederholt getan! (Zuruf links: Zu keinen Gunsten!) Der Streit um Wusterhausen ist durch Kabinettsorder Friedrich Wilhelms IV. entschieden worden gegen das Notum der Staatsminister, gegen das Notum des Justizministers von Savigny. (Hört! hört! links.) Der Streit um Flatow-Krojanke ist durch ein Kabinettsorder zugunsten der Krone entschieden worden, das von den Ministern als unverbindlich hingestellt, aber dann von der Krone als verbindlich bestätigt wurde. Der Streit um Schwedt-Bierraden ist dadurch zugunsten der Krone entschieden worden, daß die Krone den Justizminister beauftragte, die Krone vor dem Geheimen Justizrat, dem zuständigen Gericht der Krone, zu verklagen.

So hat in drei entscheidenden Fällen — es handelt sich um drei wesentliche Güterkomplexe, die vielleicht den größten Bestandteil des Vermögens überhaupt ausmachen — die Krone in eigener Sache kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung entschieden.

Dadurch sind der Krone zunächst einmal vorläufig zugefallen Flatow-Krojanke, Bierraden-Bierraden und Bierraden. In der Zwischenzeit waren Wusterhausen und Bierraden — ich führe nur einige besonders kennzeichnende Beispiele an — von der Domänenverwaltung des Staates veräußert worden. Von diesen Güterkomplexen waren Güter verkauft worden, um die Schulden des preussischen Staates aus den Befreiungskriegen zu bezahlen. (Hört! hört! links.) Man war davon ausgegangen, daß diese Güter Eigentum des Staates seien. Nachdem entschieden war, daß sie nicht als Eigentum des Staates, sondern als Eigentum der Krone zu betrachten seien, wurden nun-

Die Genfer Arbeitsorganisation.

Albert Thomas über internationale Sozialpolitik.

Genf, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochs- und Donnerstagssitzung der Arbeitskonferenz sprachen zunächst Vertreter des Fernen Ostens. Als letzter Redner des Vormittags sprach der italienische sozialistische Arbeitervertreter, bei dessen Erscheinen auf der Tribüne sämtliche Arbeitnehmervertreter demonstrativ den Saal verließen.

Am Nachmittag folgten noch eine Reihe von amerikanischen Rednern, in der Mehrzahl Regierungsvertreter (Kanada, Brasilien, Chile, Uruguay), die sämtlich dem Internationalen Arbeitsamt warme Anerkennung aussprachen. Dann folgte die mit Spannung erwartete

Antwort des Direktors Albert Thomas

auf die 46 Redner zu seinem Geschäftsbericht. In seiner gemächten Wärme und Lebhaftigkeit hatte er bald seine Zuhörer gewonnen und konnte sie leicht eine Stunde lang durch die Erfolge und Enttäuschungen der internationalen Arbeitsorganisation führen, wobei er in erfrischender Aufrichtigkeit nach allen Seiten allerlei Wahrheiten, Ermahnungen und Anfeuerungen austreute. So gab er unumwunden zu, daß die wirtschaftliche Lage eine grundlegende Voraussetzung für den Fortschritt der Sozialgesetzgebung sei, wies gegen die Kritik der Regierungsvertreter darauf hin, daß dort, wo sie allein alles zu sagen haben, im Bölker- und namentlich, die internationalen Konventionen auch nicht schneller ratifiziert werden, und den Arbeitervertretern führte er vor Augen, daß seit 1922 und 1923, als man nicht wenig mit dem Preisgebenmüssen der Arbeitszeitkonvention rechnete, für ihre allmähliche allgemeine Anerkennung doch vieles gewonnen worden sei. Den Schluß der podenden Rede bildete ein glühendes Glaubensbekenntnis zum menschlichen und ethischen Gehalt der Sozialpolitik.

Im einzelnen führte Albert Thomas aus: Die Arbeitslosenkonvention wurde von 15 Ländern, darunter von den großen Industrieländern Deutschland, Frankreich, England, ratifiziert, die Konvention gegen die Nachtarbeit von Kindern von 16 Staaten, darunter alle wichtigen Industrieländer, wodurch eine ganze Reihe von Reformen für die Arbeiter in den industriellen Betrieben durch die internationale Gesetzgebung gewährleistet werde. Die Washingtoner

Konvention über den Achtstundentag

sei freilich erst von neun Staaten ratifiziert worden, darunter ohne Vorbehalt nur von der Tschechoslowakei und Chile. Mit den Vereinbarungen, die die fünf großen Industrieländer im März in London beschlossen haben, sei aber ein wichtiger Schritt auf dem

Wege zur Ratifizierung getan worden. In Frankreich liege der entsprechende Entwurf nach Zustimmung der Kammer bereits dem Senat vor. Das englische Parlament besahe sich in dieser Woche mit der Ratifikation und in Deutschland werde, wie er überzeugt sei, der gleiche Weg beschritten. Die Ratifikation der Washingtoner Konvention durch diese wichtigen Industrieländer werde die Ratifikation durch die anderen, die ebenfalls die parlamentarische Behandlung bereits eingeleitet hätten, mit sich bringen.

Die Washingtoner Konvention habe aber auch, ohne bereits ratifiziert zu sein, einen gewaltigen Einfluß auf die Einführung und Aufrechterhaltung des Achtstundentages ausgeübt, und ohne sie hätte vielleicht angefaßt der wirtschaftlichen Räte und Schwierigkeiten, die auf allen Seiten auftauchen, ein Teil der Arbeiterschaft in verschiedenen Ländern die Erregung des Achtstundentages wieder verloren. Wenn man ferner auf der jetzigen Tagung von der Notwendigkeit einer Reform der Verfassung der internationalen Arbeitsorganisation gesprochen habe, so sei vielleicht eines Tages die Einsetzung eines Sonderausschusses für diese Reform angezeigt. Die Ratifikation dieser Reformen könne aber zweifelhaft erscheinen und werde auf jeden Fall lange Zeit beanspruchen.

Entschließung zur Arbeitszeitkonvention.

Der Entschließungsantrag der Arbeitergruppe für die Arbeitszeitkonvention, der der Konferenz vorgelegt werden wird, hat folgenden Wortlaut:

„Die Konferenz, die jede Bemühung billigt, die auf die Ratifikation der von den verschiedenen Konferenzen beschlossenen Abkommen abzielt und von dem auf der Londoner Konferenz der Regierungen erzielten Einverständnis betreffend die Ratifikation des Abkommens über den Achtstundentag Kenntnis nimmt, betrachtet dieses Einverständnis als einen Fortschritt.“

Mit dieser Erklärung gibt die Konferenz kein Urteil über die in London am Washingtoner Abkommen vorgenommene Interpretation ab. Sie wünscht nur festzustellen, daß in Anbetracht früherer Erklärungen der an der Londoner Konferenz beteiligten Regierungen für diese nunmehr keine Widerstände gegen die Ratifizierung mehr bestehen.

Deshalb wird der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes ersucht, bei den am Londoner Abkommen beteiligten Regierungen seine Bemühungen fortzusetzen, um die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag so bald als möglich herbeizuführen.“

mehr von der Krone Forderungen erhoben, als Teile dieser Güter in der Zwischenzeit zugunsten des Staates verkauft und die Erlöse zur Tilgung der Schulden verwendet waren. (Hört! hört! links.) Auch diese Forderungen sind auf Anordnung der Krone zugunsten der Krone erledigt worden. (Hört! hört! links.) Diese Mittel, d. h. der Erlös aus dem Verkauf von staatlichen Gütern, die verkauft waren, um Staatsschulden zu bezahlen, sind der Krone wieder zugeflossen und haben den Grundstock der Kapitalien der Krone gebildet. (Sehr richtig! links.)

Der ganze Streit wäre nicht in die Erscheinung getreten, wenn die Krone den Standpunkt eingehalten hätte, den Friedrich der Große einnahm und der in den Bestimmungen des allgemeinen Landrechts festgelegt ist. (Sehr richtig! links.)

Danach ist das gesamte unbewegliche Vermögen Eigentum des Staates, und dem König steht nur zur Ausübung seiner Repräsentationspflichten das Nahrungrecht gewisser Teile dieses Vermögens zu.

(Die Deutschnationen rufen im Chor: Das ist doch keine Enteignung!) Das ist der grundsätzliche Standpunkt des Allgemeinen Landrechts, wie er auch vom Freiherrn von Stein vertreten worden ist, als die Frage erörtert wurde, ob ein Teil der Domänen verkauft werden dürfe, um die Schulden des Staates aus den Befreiungskriegen zu decken. Das ist der grundsätzliche Standpunkt, der auch von den späteren Justizministern und Finanzministern in den Auseinandersetzungen mit der Krone vertreten worden ist.

Der Rechtsstandpunkt des heutigen preussischen Staates ist im Rechtsgutachten dargelegt, das im Jahre 1922 vom Finanzministerium ausgearbeitet worden ist. Nach diesem Rechtsgutachten ist

Platon-Krojanke zu Unrecht der Krone zugefallen, Schmidt-Weraden zu Unrecht der Krone zugefallen, Wulsthausen zu Unrecht der Krone zugefallen.

(Sehr richtig! links. Große Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten.) Ich muß weiter an den Verkauf des Akademiediertels erinnern. Das Akademiediertel ist seinerzeit als Eigentum der Krone betrachtet worden. Der Staat hat es im Tausch erworben und man hat außerdem der Krone noch mehr als acht Millionen dafür gegeben. (Hört! hört! links.) Nachher hat sich das Staatsministerium auf den Standpunkt gestellt, daß man zu Unrecht das Akademiediertel als Privateigentum betrachtet habe. Auch dieses Geschäft ist zu Unrecht erfolgt, und auch hier hat die Krone Vorteile erworben, die ihr nicht gebühren. (Hört! hört! links, lebhaftes Zurufe rechts. Glocke des Präsidenten.) Wenn die Kabinettsorders jetzt noch Anwendung finden sollten, so kann auf diese Weise der Jahrhunderte alte Streit zwischen Krone und Staat nicht gerade beendet werden. (Großer Lärm rechts und Zurufe: Diebstahl!)

Der Minister legt dann den bekannten Rechtsstandpunkt der preussischen Staatsregierung sowie die Gründe dar, die zu den ergebnislosen Verhandlungen im Reichstag führten: Es war Aufgabe des Reichstags, eine gerechte Entscheidung herbeizuführen, und, daß ich bei den entsprechenden Verhandlungen versucht habe, den preussischen Rechtsstandpunkt zu wahren, wird mir niemand verargen können. (Lebh. Beifall links und in der Mitte; anhaltendes Zischen und Zurufe: Diebstahl!)

Früher entschied der König durch Kabinettsorders, die dann für die Richter verbindlich waren, zugunsten der Krone. Heute entscheidet das Volk durch sein Votum, wie es in der Verfassung vorgesehen ist. Wie diese Entscheidung auch ausfallen möge, man kann sie nicht Raub nennen. (Lebh. Beifall bei den Regierungsparteien. — Zischen und Lärm rechts.)

Die Ausführungen des Ministers blieben in dem großen Lärm der Rechten und der Gegenübergebungen der Linken auf den Tribünen größtenteils unverständlich.

Abg. Dr. Waentig (Soz.)

begrüßt die Ausführungen des Finanzministers, die den Beweis lieferten, daß man vom Rechtsstandpunkt aus in der Abfindungsfrage zu ganz anderen Ergebnissen komme als die Deutschnationen. Mit dem formalen Recht sei in der Abfindungsfrage überhaupt nichts anzufangen. Schon ein alter römischer Rechtsgrundsatz sage: Summum jus, summa injuria. Das heißt: Formales Recht kann höchstes faktisches Unrecht sein. — Bei der Besprechung des Etats des Finanzministeriums richtet Abgeordneter Waentig an das Finanzministerium die Frage, wie es mit den seit Anfang des Etatsjahres 1924 fortgesetzt gezahlten

Jahresrenten für frühere reichsfreie Fürsten stehe. So habe man

an den Fürsten Salm-Horstmar 60 000 M.,
an den Fürsten zu Hild 40 000 M.,
an den Herzog von Arenberg 40 000 M.,
an den Herzog von Croq 16 000 M.

gezahlt. Aus welchen Titeln seien diese Summen bezahlt worden und welche rechtliche Grundlage bestehe dafür? Den Vorwurf, daß es den Sozialdemokraten an nationalem Gefühl mangelte, weist Abgeordneter Waentig zurück. Unter der Monarchie habe es dagegen leider an sozialem Gefühl gemangelt. Die Behauptung des Abgeordneten Rohr, es handle sich beim Volksentscheid um einen Abruch vom Rechtsstandpunkt zum Standpunkt der Gewalt, sei unzutreffend. Die Umstellung der Kronverwalter sollte zweckmäßig bis zur endgültigen Regelung der Abfindungsfrage vertagt werden. Der Redner tritt für eine baldige Konzentration der heute noch sehr zersplitterten preussischen Kronverwaltung ein. Wichtige Bauangelegenheiten seien vom Finanzministerium als Fragen behandelt worden, zu denen der Landtag sich eigentlich nur zustimmend zu äußern habe.

Abg. Dr. v. Richter (D. Sp.) wirft der Regierung Missgünstigkeit vor, weil sie sich nicht mit aller Kraft hinter den Vergleich gestellt habe. Man müsse Einspruch dagegen erheben, wenn jemand einen Vertrag, mit dessen Durchführung der Vertragsgegner rechnet, zerbrechen lasse. Zu bedauern sei auch die politische Betätigung des Finanzministers, vor allem sein Eintreten für das Reichsbanner.

Abg. Kasper (Komm.) wirft der preussischen Regierung vor, daß sie offen oder versteckt die Interessen der Fürsten und Kapitalisten vertrete!

Abg. Jalk (Dem.) bezeichnet die Ausführungen des Deutschnationalen v. Rohr als höchste Demagogie und bedauert die ungemessenen Angriffe v. Richters gegen den Finanzminister, dem man Dank für seine schwere Arbeit schulde. (Beifall i. d. Mitte.) Der Vergleich mit den Hohenzollern war abgelehnt worden vorbehaltlich der Zustimmung des preussischen Landtags.

Glauben Sie, herr v. Richter, daß sich für diesen Vergleich eine Mehrheit im Landtage gefunden hätte? (Abg. Dr. v. Richter schüttelt verneinend den Kopf.) Dann aber kann man dem Finanzminister nicht den Vorwurf der Missgünstigkeit machen.

Er persönlich könne nicht für den Volksentscheid stimmen, aber die Demokraten im Lande würden uns die Erfolgshaft verweigern, wenn wir sie auf einen bestimmten Standpunkt festnageln wollten. (Gelächter rechts. Zurufe bei den Dem.: Ihre Anhänger tun das selbe.) Wenn der Volksentscheid scheitern sollte, wird es Aufgabe des Reichstags sein, eine annehmbare Lösung zu finden, und dabei rechnen wir auf die Mitwirkung sowohl der Deutschen Volkspartei wie der Sozialdemokraten. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Müller-Franken (Wirtschaftl. Vg.) hält unter dem Gelächter der Linken eine Rede mit dem Gruppentitel: Die Fürsteneignung ist der Anfang der allgemeinen Expropriation.

Finanzminister Dr. Höppler-Wilhoff erklärt, daß die viel besprochenen Expropriationen von der Kronprinzessin jetzt zurückgegeben worden seien. Die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. v. Richter zur Fürstenabfindung haben meine Bewunderung hervorgerufen, weil Dr. v. Richter als früherer Finanzminister doch eingehend über die Verhältnisse unterrichtet ist. Er weiß also, wie anschaubar viele Forderungen der Krone sind. Mit einem Eingriff des Reichs war seinerzeit nicht zu rechnen. Die richterliche Entscheidung in den Auseinandersetzungen war ebenfalls unzweckmäßig. Die Urteile in Thüringen haben dem Faß den Boden ausgeschlagen. Das erst brachte die Abfindungsfrage im Reich ins Rollen. Auch die Volkspartei hat im Reichstag den Gedanken einer reichsgesetzlichen Regelung der Auseinandersetzung vertreten. Da verleihe ich den Vorwurf des Herrn Abg. v. Richter nicht, daß ich mich um eine solche reichsgesetzliche Regelung bemüht habe. Wenn eine vernünftige Lösung nicht gelungen ist, so liegt die Schuld daran nicht bei der preussischen Staatsregierung und auch nicht bei mir persönlich (Zustimmung in der Mitte).

Was das Reichsbanner angeht, so sehe ich in ihm nicht eine Parteilorganisation, sondern eine Organisation, in der die Liebe zur deutschen Republik gepflegt werden soll. (Lachen und Widerspruch rechts.)

Auf die Dauer kann die deutsche Republik nicht bestehen, wenn die große Masse der deutschen Staatsbürger nicht mit Liebe zu ihr halte. Wenn heute die große Masse sich zu ihr bekenne und ein starker nationaler Wille dabei zum Ausdruck kommt, so verdankt man das nicht zuletzt auch dem Reichsbanner, weil es Arbeit

leistet für den Gedanken des Bundesens des deutschen Volkes mit der Republik.

Abg. Meier-Berlin (Soz.)

erklärt, der Abg. Müller-Franken habe sich bewußt vor den Wagen der Reaktion spannen lassen. Die Rechtsparteien hätten die ganze Frage politisch aufgeblasen. Die Anhänger der entschädigungslosen Enteignung läßen aber nicht nur links, sondern auch in den Reihen der rechtsgerichteten Kreise. Es handle sich letzten Endes nur darum, den Fürsten das wieder abzunehmen, was sie dem Volke auf Grund ihrer persönlichen Machtstellung widerrechtlich genommen haben. (Zustimmung links. Zurufe des Abg. Dr. v. Richter (Dsp.): Sie wollen aber den Fürsten alles nehmen!)

Ich erinnere daran, wie die Schach-Galerie in den Besitz Wilhelms I. kam. Sie hat Wilhelm nur die Verleihung des Grafentitels gekostet! (Abg. Dr. v. Richter (Dsp.): Damit ist sie doch aber auch Eigentum des Kaisers geworden!) Nein, denn was würden Sie, Herr Dr. v. Richter, sagen, wenn ein Beamter seine Stellung zur Erlangung persönlicher Vorteile benutzte würde. Ich nenne das einfach Befehung.

Ist es denn recht, wenn man einem mecklenburgischen Prinzen, der während des Krieges ein russisches Armeekorps gegen Deutschland geführt hat, Millionen zuschanzt? Spricht es für vaterländische Gesinnung der deutschen Fürsten, wenn eine Prinzessin den Versailler Vertrag gegen Deutschland auspielt, um 14 Millionen zu erlangen? Fürst Bisnark hat im alten Kooperationsvertrage als sich die Königin gegen die Wirteneignung bemerkbar machte, erklärt: über juristische Zwangsmaßnahmen wird die königliche Regierung nicht halspern, wenn es zum Besten des Vaterlandes geht. Er hat geäußert, daß sich bis ins Abgeordnetenhaus hinein Leute fänden, die gegen diese Enteignung aufträten. Es hat sich seitdem nichts geändert. Genau wie damals finden sich auch heute noch Vertreter solcher Fürsten, die ihr Land im Augenblick der Gefahr verlassen haben, um ihrer persönlichen Sicherheit willen. Der Volksentscheid wird zeigen, daß das deutsche Volk seine Rechte zu wahren versteht. Die Rechtsparteien fordern, daß die Fürsten nicht anders behandelt werden wie Meyer, Müller, Schulze. Zu diesem Zweck beruft man sich auf die Verfassung, die man sonst herunterreißt. Die Rechte will das angelegte Vermögen Wilhelms II. retten. Der Deputierte von Doorn hat bereits viel mehr verloren als sein Vermögen. Der Deputierte hat keine Ehre eingebüßt. In der Defektfrage plädiert die Rechte nicht dafür, daß der frühere Kaiser ebenso behandelt werde wie Meyer, Müller, Schulze. Die gewöhnlichen Defektare wurden erschossen. Das Urteil des Volkes über die Hohenzollern ist längst gesprochen. Wir sind nicht bange um den Ausgang des Volksentscheids. Die Stunde der Vergeltung ist gekommen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Mursch (Dnat.) und Kasper (Komm.) verliert das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr. Außerdem Steuernotverordnung.

Schluß 4 Uhr 30 Min.

Armer Wilhelm!

Keiner will ihn wiederhaben!

In der gestrigen Abendausgabe einer weit verbreiteten Berliner Zeitung lesen wir folgende Depesche:

Geistesgestört?

Drahtbericht unseres Korrespondenten.

v. H. Paris, 2. Juni. Einer Meldung des „New York Herald“ zufolge hat Prinz Louis von Bourbon, der gestern an Bord der „Rafestie“ in New York eintraf, die läppische Behauptung aufgestellt, er werde in den nächsten Tagen erklären, wie der frühere deutsche Kaiser demnächst wieder den Thron in Deutschland besteigen werde. Es handele sich lediglich um eine Frage von 3 bis 5 Monaten, bis die Restauration in Deutschland vollendet sei.

Also so erledigt ist der arme Wilhelm, daß die Behauptung, er könne den Thron seiner Väter wieder besteigen, geradezu „läppisch“ befunden wird! So abgegan ist dieser einst umschmeichelte und umweldete Gottesgnadenmann, daß nur ein „Geistesgestörter“ an seine Rückkehr glauben kann!

Und wer ist es, der über die letzten Legitimisten, die letzten wahrhaft Königsgläubigen und dann über Wilhelm selbst ein so hartes Urteil fällt? Das ist das ehemalige Hof- und Leibblatt Seiner Majestät, — der „Berliner Lokalanzeiger“.

Arbeiterkinder auf Fahrt.

Von Hermann Glander, Stettin.

In den Straßen der Stadt gab es einen kleinen Aufkauf, als ein Zug Kinder — Burschen und Mädels — mit roten Fahnen anmarschierte. Heiß klangen aus den jungen Kehlen die Internationale und die weisbesolte Hymne „Brüder zur Sonne“. Der Gesang überböhnte den Großstadtlärm, das Geräusch und Geklingel der Straßenbahn, das Geheule der Autos und alles, was mit dem tosenden und lärmenden und hastenden Großstadtleben zusammenhängt.

Viele blieben stehen und besehen den sonderbaren und dem Stadtbilde so fremden Zug. Andere aber, die über ihre Zeit frei verfügten, liefen mit freudestrahlenden Zügen nebenher. Und wieder andere blickten mährisch und höhnisch auf die Schar.

Was veranlaßte all die vielen Gemüter, sich so zu offenbaren? Die Berliner Kinderfreunde hatten etwa 200 Kinder zu einer mehrtägigen Ferienfahrt gesammelt. Das Motorschiff „Baldu“ brachte sie nach Stettin. Dort wurde Schenswertes besichtigt und auf einem Sportplatz gespielt und getollt.

Als das Schiff ankam, staunten und schauten die Leute, die in Geschäften oder so am Anlegeplatz vorüberreisten und standen auch wohl still. Ferner staunten die biederen alten Marktfrauen und die Bauern und Bäuerinnen, die Gemüße in die Stadt brachten und all die Händler, die es verkaufen wollten.

Sogar die Kinder mit roten Fahnen!

Rot flatterten die Fahnen.

Sie verkündeten Hoffnung und Erfüllung. Manah einer der alten, durch viele Schläge schon gebeugten Arbeiter sahte neuen Mut, als er die Fahnen, die Fahnen, die Symbol seines Lebenskampfes waren, in jungen Fäustern sah. Er dachte an seine Kindheit, an all die harte Arbeit in jungen Jahren und den falschen Schulunterricht. Und an das Ringen um die Idee.

Das war ein Erlebnis.

Aber nicht alle dachten so. Da waren Herren, keine Herren, die ihr Lebtag noch nicht gearbeitet hatten, mit ihren Damen, feinen Damen, die ebenfalls noch nie mit der Arbeit in nähere Berührung gekommen waren, die schimpften: Kommunistenpack mit roten Fetzen. Für sie waren also die Arbeiterkinder, die sich einige Tage erholen sollten und die in einem neuen Geiste erzogen wurden, einem Geiste, der stärker und größer als ihre schwarzweißrote Grenzpfahngestaltung war: Pack!

Doch diese Ueberstüßigen werden abtreiben müssen, wenn der Geist, zu dessen Trägern bald jene Jungen gehören werden, siegt. Trübsig wehnen die roten Fahnen und froh stiegen die bekannten Lieder aus den Mündern empor.

„Frei heil“ und „Freundschaft“ riefen die Kinder.

Und „Frei heil“ riefen die Menschen der fremden Hafenstadt.

Die Krähenschar.

Von Emil Rath.

Ich wanderte durch deutsche Flur,
Da ging auf breitem Ader
Ein Mann auf tauburchränkter Spur
Und müht' und plagt' sich wader.
In rauher Hand hält er den Sturz,
Er pflügt seit grauem Morgen;
Er kann nicht singen, denn sein Herz
Ist schwer von tausend Sorgen.
Doch hinter ihm, da tänzelt es:
Die graue Schar der Krähen,
Da kräht es und da schwänzelt es,
Von jenen, die nicht jenen.
Sie fien nicht —, sie ernten doch.
Sie kennen gut die Plage:
Spannt sich der Pflüger in sein Joch,
Gibt es für Krähen Schäge.
Droht seine Faust, dann hüpfen sie
Just zwei, drei Schritte weiter,
Und pflügt er fort, dann schlüpfen sie
Dahin und freßen weiter.
Die Bande wird ihr Lebtag nicht
Beruhigern und verbürsten.
Die Krähen tragen das Gesicht
Der „armen“ deutschen Fürsten.

Eine Bibliothek, bei der das Entsetzen strafbar ist. Die größte Bücherei der Welt, die Bibliothek des Britischen Museums, ist eine Präzisionsbibliothek, bei der es als strafbare Handlung gilt, ein Buch zu entfernen. Auf diese Weise kann jedes Buch jedem Besucher auf das schnellste zugänglich gemacht werden; es bedarf aber einer strengen Unterordnung des einzelnen unter das Gemeinwohl, um diese Einrichtung durchzuführen. Wie Georg Schmiedtzy in einem Aufsatz des Buchhändler-Börtenblattes erzählt, wollte einmal Eduard VII. als Kronprinz ein Buch in seine Wohnung haben. Der Direktor legte den Wunsch der Kuratoren vor, und diese beschloßen auf Antrag des Erzbischofs von Canterbury die Abweisung dieser ungesetzlichen Forderung. Kein Beamter des Britischen Museums darf ein Buch mit nach Hause nehmen; selbst zum Binden kommt kein Werk aus dem Hause heraus; die Buchbinderwerkstatt ist auf dem Grundstück selbst untergebracht. Nur eine einzige Ausnahme gibt es von diesem Gesetz: Kriminalgerichte können ein Buch einfordern, wenn es für einen Strafprozeß unbedingt notwendig ist; es wird dann von einem Beamten in den Gerichtssaal gebracht, vorgelegt und sofort wieder mit zurückgenommen.

Fünf Quadratspannen Menschenhaut gesucht. Auf einen pathetischen Aufruf englischer Zeitungen, in dem für die Heilung eines armen, bei einem Motorradunfall in furchtbarer Weise verbrannten Angestellten aus Bristol mehrere größere Stücke Menschenhaut ge-

sucht wurden, haben sich mehr als hundert Personen gemeldet. Die Ärzte erklärten, daß sie ihn nur dann wiederherstellen könnten, wenn es gelänge, beträchtliche Stücke fremder Menschenhaut auf seinen verbrannten Körper zu verpflanzen. Sie brauchten mindestens fünf Quadratspannen (Spanne = Handbreit) Haut. Daher der erwähnte Aufruf durch die Presse. Genau 120 Angebote trafen daraufhin im Krankenhaus zu Bristol ein. Unter denen, welche ihre Haut anboten, befanden sich Personen aller Gesellschaftsklassen: Geschäftsleute aus der City und beschäftigungslose Bergleute, Männer und Frauen, alte und junge Leute. Die Hautlieferung kann infolge des großen Angebots als überreichlich bezeichnet werden. Den ersten Hautteil wird die Gattin des verunglückten Mannes hergeben, den zweiten sein Bruder, dann sollen etwa vierzig Personen aus Bristol mit Hautopfern folgen...

Neue wichtige Fossilienfunde. Erstaunliche Entdeckungen von Fossilien vorgeschichtlicher Tiere sind in den berühmten Höhlen von Wellington auf Neuseeland gemacht worden. Der Direktor des australischen Museums in Sydney, Dr. C. Anderson, erkannte die Ueberreste eines zu den Beuteltieren gehörenden Löwen. Das war ein Tier, das die Beuteltiere des Kanguruh mit den allgemeinen Eigenschaften des afrikanischen Löwen verband. Sicher sind nur wenige Beispiele dieser Gattung Beuteltiere gefunden worden. Dem Anatomen Prof. Owen gelang es aber auf Grund neuer Funde, diesen Kanguruh-Löwen als eines der gefährlichsten Raubtiere der Urzeit festzustellen. Andere neue Fossilien aus diesen Stalagmitenhöhlen wurden als die Ueberreste des Diprotodons erkannt, eines Tieres vom Kanguruhtypus, dessen Körper viel größer war als der eines ausgewachsenen Rhinoceroses. Da das Diprotodon niemals in Höhlenbewohner war, sondern im Freien lebte, so ist es merkwürdig, wie die Fossilien in die Höhle kamen. Man nimmt an, daß einige dieser Tiere durch irgendeinen Zufall, vielleicht durch eine Erdberschütterung, in den Höhlen eingeschlossen wurden. Aus den Fossilien läßt sich auch ein Tier erschließen mit einem ungeheuer großen Kopf und dickem starken Nacken, von außerordentlicher Größe, mit meißelartigen Zähnen und zu ausgebildeten Fingern und Sehnen. Diese Tiere müßen Baumkletterer gewesen sein, denn die große Zehe steht fast in einem rechten Winkel zu den übrigen, was also ein ausgebildeter Kletterfuß.

Ein Bildwerk Cederers für den Friedrichshalm. Die Stadt Berlin hat von Prof. Hugo Cederer eine neue überlebensgroße Bronzefigur erworben, eine laufende Diana. Das Bildwerk ist eine Neugestaltung des Bewegungsmotives, das Cederer schon in der Diana am Liebeskuss angedeutet hat. Ebe die Figur in den Anlagen am Friedrichshalm aufgestellt findet, soll es ermöglicht werden, sie etwa durch eine vorläufige Ausstellung unter den Linden, der Allgemeinheit vorzuführen.

Die Galerie J. Casper, Kurfürstendamm 203, eröffnet am 6. 12 Uhr, die neue Ausstellung mit einer Kollektion von Quadraten von Ernst Gontzberger, Berlin und einer kleinen Sammlung von Zeichnungen von Gustave Lefevre, Paris.

Zum 10. Deutschen Sängertag in Wien 1928. Der Gesangsausschuß des Deutschen Sängerbundes befaßte sich auf seiner Tagung in Schwäbisch-Gmünd mit der Aufrechterhaltung des 10. Deutschen Sängertages, das im Juli 1928 in Wien stattfinden wird. Der Ausschluß hat das Programm für die beiden Hauptauführungen bereits fertiggestellt.

Zentrum gegen Volksentscheid.

Eine Schwelung unter kirchlichem Druck?

In einer außerordentlichen Tagung des Augustinusvereins wurde gestern in Frankfurt a. M. nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Joos-München-Bladbach eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Die Generalversammlung des Augustinusvereins stimmt in der Frage der Fürstenabfindung dem Beschluß des Parteivorstandes zu. Die Zentrums-Presse wird aufgefordert, die Wähler aufzufordern, sich am 20. Juni aus politischen, verfassungsrechtlichen und moralischen Gründen der Abstimmung zu enthalten. Von der Partei und der Parteipresse wird in dieser wichtigen und grundsätzlichen Frage die strengste Parteidisziplin erwartet.

Der Parteivorstand des Zentrums hatte sich wohl für die Ablehnung des Volksentscheids entschieden, aber nicht die Parole ausgegeben, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen. Wenn jetzt die Parole des Zentrums jener der Rechtsparteien angeglichen wird, so bedeutet das eine Unterstützung des Terrors, der von den Rechtsparteien gegen die Freiheit der Abstimmung geübt wird. In solchem Zusammenhang von „moralischen“ Gründen zu sprechen, ist grotesk.

Erst kürzlich hat sich einer der angesehensten Zentrumsführer, Prof. Dr. Dessoir, in der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ recht deutlich für den Volksentscheid ausgesprochen. So erscheint der Beschluß der katholischen Journalistenorganisation geradezu als eine „lex Dessoir“. Die republikanisch und sozial denkenden Wortführer des Zentrums werden an die Kette gelegt.

Werden sich auch die Anhänger des Zentrums an die Kette legen lassen?

Reichsbanner und Volksentscheid.

Geht zur Abstimmung am 20. Juni!

Das Bundesorgan des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, „Das Reichsbanner“, steht in einem längeren Artikel die Stellung des Reichsbanners zum Volksentscheid auseinander. Einige seien sich die Mitglieder des Reichsbanners darüber, daß die Forderungen der ehemaligen Fürsten undenkbar seien und abgewiesen werden müssen. Darüber zu entscheiden, wie der beste Weg sei, auf dem das zu geschehen habe, sei Sache der Parteien. Das gute Recht und die Pflicht des Reichsbanners sei es dagegen, der monarchistischen Propaganda entgegenzutreten und Klarheit über die Forderungen der Fürsten zu schaffen. Das Reichsbanner müsse außerdem den Schutz der Propaganda für Teilnahme an der Abstimmung übernehmen. Es müsse für die Sicherung der Freiheit der Stimmabgabe und die Sicherung der geheimen Abstimmung sorgen.

Die schwarzweißen Parteien und Kampfverbände versuchen durch Terror und Androhung geschäftlichen und gewerkschaftlichen Boykotts die Ausübung des demokratischen Staatsbürgerrechts beim Volksentscheid zu hintertreiben. Sie geben die Parole „Fernbleiben“ aus, weil sie Gegner der Demokratie sind, weil sie die Verfassung sabotieren wollen. Deshalb müsse das Reichsbanner der Parole „Fernbleiben“ mit aller Energie entgegenzutreten. Es müsse Aufklärung darüber schaffen, daß die Ausübung eines Staatsbürgerrechts seine Pflicht sei.

Gelingen den Gegnern die Sabotage des Volksentscheids, dann folge der Angriff auf das allgemeine Wahlrecht. Deshalb müsse man dem Terrorversuch mit allen Mitteln entgegenzutreten, die gegenwärtige Propaganda scharf überwachen und nachprüfen lassen, ob ein ungesetzlicher und strafbarer Druck ausgeübt wird.

Das beste Mittel gegen die terroristische Parole sei die Propaganda für Beteiligung an der Abstimmung. Dafür müsse das Reichsbanner seine ganze Kraft einsetzen und jedem Staatsbürger klarmachen, daß es notwendig sei, am 20. Juni zur Wahl zu gehen, um mit Ja oder Nein zu stimmen oder einen weißen Zettel als Zeichen dafür abzugeben, daß er vom Reichstag ein besseres Gesetz erwartet.

Deshalb fordert das Reichsbanner von allen seinen Mitgliedern, am 20. Juni zur Abstimmung zu gehen, wobei jeder nach seinem Gewissen entscheiden kann. Das Reichsbanner verlange aber auch von jedem Bürger, daß er von dem Recht der Stimmabgabe Gebrauch macht. „Wer der Abstimmung fernbleibt, ist ein Gegner der Verfassung und der Demokratie, ein Feind der Republik, er unterstützt den Terror der Schwarzweißen, er bekämpft sich als Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts.“

Prozeß Stöckel.

Zusammenbruch des Hauptbelastungszeugen.

Braunschweig, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Prozeßlage verschiebt sich immer mehr zugunsten des Angeklagten Dr. Stöckel, während der Hauptbelastungszeuge, der schwerhörige Staatsangestellte Köhler immer deutlicher als unglaubwürdig charakterisiert wird. Da es scheint sogar, als hätte aus dem Fall Stöckel ein Fall Köhler werden. Von ihm sagte ein Zeuge Neubauer, daß Köhler häufig das, was er Stöckel vorwerfe, selbst getan habe. Er habe oft Briefe, die dem Minister mit persönlicher Anrede zugegangen seien, in den Papierkorb geworfen, um sie nicht beantwortet zu müssen, trotzdem ein Bescheid des Ministers auf den Briefen vermerkt gewesen sei. Briefe, die die Anrede „Werter Genosse“ getragen hätten, hätte Köhler nicht als vollwertig anerkannt und deshalb vernichtet.

Als dann auch noch Rechtsanwalt Klee-Berlin den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Zeugen dafür zu vernehmen beantragte, daß eine Mitgliedschaft im Deutschen Handlungsgeschäftsverband sich nicht mit der Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei vertrage, wird dieser Beweis Antrag zwar abgelehnt, aber durch ihn doch erreicht, daß das Urteil über Köhler feste Form annimmt. Dabei ist zu beachten, daß dieser Mann der Kronzeuge der braunschweigischen Staatsanwaltschaft war, der ihr Vertrauen in uneingeschränkter Weise besaß. Seine Doppelzüngigkeit, seine stillosen Verschleisungen, seine laze Pflichtauflosung und seine ihn als Zeugen auch nicht gerade wertvoller machende Schwerhörigkeit machen ihn als Belastungszeugen völlig wertlos.

Der Staatsanwalt beginnt, sich nicht nur durch seine Zeugen, sondern auch durch seine sonstigen Beweisunterlagen lächerlich zu machen. So sah sich heute der Landgerichtsdirektor Brifeius veranlaßt, dem Staatsanwalt zuzurufen: „Sie machen mir die Verhandlungsführung außerordentlich schwer. Sie kommen vom Hundertsten ins Tausendste, Sie ziehen ganz belanglose Sachen heran!“

Andererseits traten Entlastungszeugen auf, die besagten, daß sie häufig für Stöckel Fahrkarten 2. Klasse gelöst hätten und daß also eine Bereicherung durch Reisekostenliquidationen nicht in Frage kommen könnte.

Frankreichs politische Krise.

Von der Katastrophe des Nationalen Blocks zum Zerfall des Linkskartells.

Paris, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am 1. Juni waren es zwei Jahre her, daß sich in dem Prachtfaal des Palais Bourbon über 300 Abgeordnete der Linken versammelten, um unter dem Vorsitz Herriots, Painlevés und Blums die Demission des vom Nationalen Block gestellten Präsidenten der Republik, Alexander Millerand, zu erzwingen. Der damals getroffenen feierlichen Vereinbarung, aus seinen Händen keinen Auftrag zur Bildung des neuen Ministeriums anzunehmen, vermochte Millerand nicht zu widerstehen. Allen Ermütigungen und allem Geschrei zum Trotz blieb ihm nichts anderes übrig, als das Elfsée zu verlassen. Nichts hätte die Macht und die Kampflust der siegreich aus dem Wahlsfeldzug hervorgegangenen Linken der öffentlichen Meinung besser und wirkungsvoller zum Bewußtsein bringen können als die Vertreibung Millerands, der sich in die vorderste Front des Nationalen Blocks gestellt hatte und dessen Name zum Symbol für die Herrschaft der Rechten geworden war.

Es war eine bittere Enttäuschung für denjenigen, der am 1. Juni 1926 der Kammerführung beizuwohnen, in der die zwei Jahre zuvor so schwer geschlagene Rechte sich jubelnd hinter eine Regierung stellte, deren Präsident Briand im Jahre 1924 zu den stärksten unter den Bekämpfern Millerands gehörte und deren Kriegsminister Painlevé damals als Präsidentschaftskandidat den mächtigsten Hof des Nationalen Blocks über sich entsenden sahste. Rechte auch der Jubel der Rechten nicht so aus tiefstem Innern kommen, mochte er vor allem der unbefriedigte Ausdruck der Schadenfreude über den Bruch des Linkskartells, über die temperamentvolle Art, in der Briand den unentschlossenen, zögernden, uneinigen Radikalsozialen oratische glänzende Hiebe verfehte, mochten auch im Rahmen des Nationalen Blocks sich die Besonnensten fragen, ob der Sieg von langer Dauer sein würde und ob Briand nicht schließlich doch wieder, nach Ueberwindung der Finanzkrise den Weg nach links suchen würde.

Die entscheidende Tatsache der Sitzung vom 1. Juni bleibt jedenfalls, daß der sogenannte

Nationale Block, die äußerste Rechte diesmal mit eingeschlossen, für die Regierung

kamte, während nicht nur die 97 Sozialisten und die 23 Kommunisten gegen sie waren, sondern auch etwa 90 Radikalsoziale sich enthielten und nur etwa 40 mit der Rechten marschierten, so daß Renaudel bei der Verkündung des Resultats unter dem Belfall der Linken feststellen konnte, daß unter den 313 Abgeordneten, die der Regierung gefolgt waren, sich nicht weniger als 200 Mitglieder der Rechten befanden. Unter normalen Umständen hätte diese Zusammensetzung der Mehrheit genügt, um eine aus Vertretern der Linken zusammengesetzte Regierung zu veranlassen, unverzüglich ihre Demission zu geben. Aber seit dem letzten Donnerstag wußte man, daß Briand entschlossen war, sich

angesichts der Finanzlage nicht mehr um die Zusammensetzung der Mehrheit zu kümmern.

Der eifrige Staatsanwalt ließ dann eine bis dahin unbekannt schöne Dame aus Mecklenburg vernehmen, die er durch persönliche Reisen in Harzer Pensionen aufgeföhbert hatte und die bekunden sollte, daß Stöckel doch einmal 3. Klasse gefahren sei. Stöckel wollte dieser schönen Dame aus plötzlicher Eingebung heraus in ein Abteil 3. Klasse nachgestiegen sein, während die schöne Dame behauptet, Stöckel habe schon in diesem Abteil gefahren, da sie doch sonst bemerkt haben würde, daß ein Herr sich für sie interessiere.

Dafür, daß auch andere Braunschweiger Beamten sich in Reisekostenliquidationen geirrt hätten, benennt Rechtsanwalt Cnd-Berlin einen vor kurzem vielgenannten braunschweigischen schwarzweißen Regierungsrat, der seine zu viel erhobenen Diäten wieder zurückzahlen mußte, ohne daß ihm etwas geschehen sei. Das Gericht unterstellt das Vorkommen von solchen Abrechnungen als durchaus möglich und verzichtet auf den Zeugen.

Nachdem dann noch mit vieler Mühe ein Streit geschlichtet worden war, der zwischen den Zeugen auf dem Korridor des Gerichts ausgebrochen war, und durch den es um ein Haar noch Anklagen wegen Reineids gegeben hätte, wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Mehr Fleischnahrung!

Eine Forderung der Gewerkschaften an die Behörden.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft und der Gewerkschaftsrat haben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet, in der sie die Erhöhung der Menge des zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches fordern. Die Eingabe ist gleichzeitig dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister zur Kenntnisnahme zugegangen. Die Eingabe lautet:

Nach dem Wortlaut des Gesetzes über die Zolländerungen ist „Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen“. Durch diese Bestimmung, im Rahmen der bisherigen Einfuhr war die Möglichkeit gegeben, diejenige Menge als Rohstoff zugrunde zu legen, die in den letzten Monaten vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden war. Das Reichsernährungsministerium hat aber als Maßstab die geringere Menge des Jahres 1924 angenommen. Das Jahr 1924 sollte indes als Normaljahr nicht in Betracht gezogen werden, weil die Kaufkraft der Bevölkerung nach der Währungsstabilisierung noch bis weit in das Jahr hinein so geschwächt war, daß der Fleischkonsum im allgemeinen, besonders der Gefrierfleischkonsum für die minderbemittelte Bevölkerung nicht in einem für die Volksernährung notwendigen Ausmaße möglich war. War doch der Fleischverbrauch der Bevölkerung von über 50 Kilogramm pro Kopf im Jahre 1913 auf rund 30 Kilogramm im Jahre 1923 herabgesunken. Zwar ist der Fleischverbrauch im Jahre 1924 auf rund 42 Kilogramm gestiegen, während er 1925 bereits 47 Kilogramm betrug.

Nach dem Urteil der bekanntesten deutschen Physiologen, die in diesem Punkt völlig übereinstimmen, sollte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf ihre industrielle Betätigung ein Fleischverbrauch von mindestens 70 Kilogramm jährlich entfallen. Bekanntlich beträgt der Fleischverbrauch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf den Kopf der Bevölkerung über 80 Kilogramm. Die deutsche werttätige Bevölkerung hat also nur die halbe Fleischernahrung gegenüber der Bevölkerung der Vereinigten Staaten.

Zum gesundheitlichen Wohle der deutschen Arbeitnehmerschaft richten daher die unterzeichneten Spitzenverbände an

sondern nur zu verlangen, daß die Mehrheit durch ihre Stärke ihm die Gewähr biete, sich noch eine Zeit lang am Ruder halten zu können, und es ist kein Zweifel, daß, vom reinen Zahlenstandpunkt aus gesehen, eine Mehrheit von 313 eine feste Basis bildet.

Ganz anders erscheinen die Dinge, wenn man sie vom rein politischen Gesichtswinkel aus betrachtet. Würde die Mehrheit vom 1. Juni, die schon einige Tage zuvor der Regierung ermöglicht hatte, über die Linke zu triumphieren, von Dauer werden, was noch nicht sicher ist, so würde ohne neuen Wahlkampf im Schoße der Kammer vom 1. Juni ein Umsturz vollzogen, der nach einiger Zeit auch in der Zusammensetzung der Regierung zum Ausdruck kommen würde. Denn wenn einstweilen die radikalsozialen und die republikanisch-sozialistischen Mitglieder der Regierung wie der Innenminister Durand und der Kriegsminister Painlevé und andere sich weigerten, ihre Demission zu geben, so würde doch ihre Stellung unhaltbar werden, wenn die radikalsoziale Fraktion sich entschließen sollte, in der Opposition zu bleiben. Aber die Hoffnung sowohl Briands wie auch Painlevés ist wohl, die Partei Herriots wieder umzustimmen und bei der tiefen Zertüftung, die gegenwärtig in den Reihen der Radikalsozialen herrscht, erscheint trotz der gegen die Regierung gerichteten Enthaltung, in die sich die große Mehrheit der radikalsozialen Fraktion am 1. Juni geflüchtet hat, die Verwirklichung dieser Hoffnung nicht von vornherein ausgeschlossen.

Die Gesamtlage behält etwas Ungewisses in dem gleichen Maße, in dem die zukünftige

Haltung der Radikalsozialen Partei unsicher ist, die gegenwärtig eine schwere Krise durchmacht.

Wird Herriot vom Dimp seines Kammerpräsidentensessels herabsteigen und sich in den Kampf stürzen, wie es viele seiner besten Freunde von ihm fordern? Wird er stärkere Lust als bisher zeigen, selbst wieder die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen? Werden es die Radikalen um Franklin-Bouillon sein, die unter ständiger Berufung auf die Weigerung der Sozialisten, an der Regierung teilzunehmen, ein Kabinett der Heiligen Union, sei es unter der Leitung Herriots, sei es unter der Führung Painlevés, wollen, die innerhalb ihrer Partei den Sieg davontragen? Wird der derzeitige Generalgouverneur von Marokko, Steeg, Aussicht haben, noch vor den Ferien ein neues Linksministerium bilden zu können, wie es viele glauben? Oder wird sich Briand entschließen, die Mehrheit vom 1. Juni enger zusammenzuschließen, als sie es gegenwärtig ist, und werden die Linksparteien, denen die Zügel entglitten sind, sich murrend aber ohne großen Widerstand in ihr Schicksal fügen? Fragen, die die Problematik der gegenwärtigen innerpolitischen Situation in Frankreich erkennen lassen und auf die in den sechs Wochen der Sommerferien die Antwort sich ergeben wird. Einstweilen darf sich der Nationale Block die Raste des Triumphs aufhehen.

den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Erlauchen, als Rohstoff zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches die Menge zugrunde zu legen, die im letzten Vierteljahr vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden ist.

Neumann erledigt.

Das Misstrauensvotum in zweiter Lesung angenommen.

Lübeck, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Misstrauensvotum gegen Bürgermeister Dr. Neumann wurde am Mittwochabend in zweiter Lesung mit 43 gegen 32 Stimmen angenommen. Damit ist Neumanns Schicksal endgültig besiegelt. Theoretisch bleibt zwar noch die Möglichkeit offen, daß der Senat sich mit Neumann förmlich erklärt und den Volksentscheid ersonst. Praktisch ist jedoch bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Senat und der Stimmung der Bevölkerung nicht damit zu rechnen. Bei der am Donnerstag beginnenden Feier der 700jährigen Reichsfreiheit der Stadt Lübeck wird der Reichskanzler des Herrn Cich jedenfalls nicht mehr in Erscheinung treten.

Posen erkennt Mosziski an.

Ausarbeitung außerordentlicher Vollmachten für die Regierung.

Warschau, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Posen wurde gestern der Ausnahmezustand aufgehoben. Der Posener Wojewode hat den neuen Präsidenten anerkannt. Damit ist die reaktionäre Separatistenbewegung liquidiert.

Die jetzige Regierung wird nach der Eidesleistung des Präsidenten am Freitag voraussichtlich demissionieren, aber von neuem berufen werden. Der Sejm dürfte in 14 Tagen wieder zusammentreten, um die in der Zwischenzeit auszuarbeitende Vorlage über außerordentliche Vollmachten der Regierung zu beraten.

Die Eidesleistung des polnischen Präsidenten.

Warschau, 2. Juni. (WTB.) Die für Freitag, mittags 12 Uhr, angelegte Eidesleistung des neuen Präsidenten Ignaz Mosziski wird nicht im Landtagsgebäude, sondern im großen Empfangssaal des an der Brückstraße gelegenen alten königlichen Schlosses vor sich gehen. Der neue Präsident wird, nicht wie sein Vorgänger im Beisein der, sondern in dem ehemals königlichen Staatschloß Wohnung nehmen. Auch für Warschau Biljudski wird im gleichen Schloß eine Wohnung hergerichtet werden.

Frankreichs Schulden an Amerika.

Zweidrittelmehrheit für das Abkommen in Washington.

Washington, 2. Juni. (WTB.) Das Repräsentantenhaus hat das Schuldentilgungsabkommen mit Frankreich mit 236 gegen 111 Stimmen angenommen. Der Entwurf bedarf noch der Zustimmung des Senats sowie der Annahme durch das französische Parlament, das nächstens darüber beraten wird. In Paris macht sich dagegen starke Opposition bemerkbar.

Kommunisten für Schwarzrotgold. In der Bremer Bürgerkassationsung haben die Kommunisten einstimmig für den sozialdemokratischen Flaggennutz zugunsten von Schwarzrotgold gestimmt. Ihr Fraktionsvorsitzender gab in seiner Rede n. a. die Erklärung ab: „Wir erklären uns mit der schwarzrotgoldenen Fahne als Uebetgangsform einverstanden.“

Arbeitsvermittlung und Städtetag.

Kommunale gegen gewerkschaftliche Auffassung.

Der Satz: „Die beste Erwerbslosenfürsorge ist die Arbeitsvermittlung“, mit dem der Vorsitzende des Deutschen Städtetages dessen „Erste Arbeitsnachweistagung“ am Mittwoch im früheren Herrenhaus eröffnete, ist nur sehr bedingt richtig. Denn wenn den Erwerbslosen in wochen- und monatelanger Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises keine Arbeit nachgewiesen werden kann, dann kann ihnen der Arbeitsnachweis nicht helfen, sondern nur noch die geldliche Unterstützung.

In kommunalen Kreisen kann man sich mit dem Gedanken der wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Erwerbslosenfürsorge bzw. Versicherung nicht befassen, weil er zu besonderer paritätischer Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern führt, während die Gemeinden

den kommunalen Arbeitsnachweis

in Verbindung mit ihren parallel laufenden Einrichtungen zur Berufsberatung, Eignungsprüfung, Notstandsarbeiten, Kunstschulen usw. beibehalten wollen.

Oberbürgermeister Dr. Cuppe-Nürnberg begründete den Standpunkt der Gemeinden und wußte aus der Entwicklung des Arbeitsnachweises nachzuweisen, daß eine paritätische Selbstverwaltung des Arbeitsnachweises einen zu großen Konfliktstoff in sich birgt, um eine glatte, reibungslose Funktion des Arbeitsnachweises zu ermöglichen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge müsse ohnehin größtenteils lokal durchgeführt werden und könne ohne die Gemeinden, die die Mittel dazu mit aufbringen müssen, nicht geschaffen

werden. Die gleiche Auffassung vertrat Stadtrat Dr. Schlotter-Frankfurt a. M.

Der Standpunkt der Gewerkschaften

wurde insbesondere vom Genossen Spliedt vom ADGB in der Debatte verfochten. Er geht dahin, daß Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge aus der kommunalen Verwaltung ausgeschlossen werden und in die Selbstverwaltung übergehen müssen. Träger dieser Einrichtungen und ihrer Verwaltung sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sein. Die Kommunen können eine Vertretung im Vorstande finden. Die bisherige Handhabung der Arbeitsvermittlung habe vollkommen versagt. Es bestehen etwa 900 Arbeitsnachweise in Deutschland, darunter aber eine sehr große Anzahl solcher, die als Arbeitsnachweise im eigentlichen Sinne nicht angesprochen werden können. Die Leitung wird meist nebenamtlich besorgt, häufig durch abgebaute Beamte. Demgegenüber muß gefordert werden, daß ein mit den Verhältnissen vollkommen vertrauter sachverständiger Leiter an der Spitze des Nachweises steht. Die Zahl der Nachweise kann ohne Schaden für die Sache durch Zusammenfassung auf etwa 200 verringert werden. Diese Nachweise aber müssen leistungsfähig gemacht werden. Es sei wohl jetzt endgültig die Zeit vorbei, wo die Arbeitsvermittlung ein Streitobjekt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern war. Die Beitragsbeschaffung durch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber könne erheblich vereinfacht werden, indem ähnlich wie bei der Invalidenversicherung das Karten- und Markensystem eingeführt wird und Einheitsbeiträge nach Lohnklassen für das ganze Reich festgesetzt werden.

Zur Generalversammlung der Metallarbeiter.

Die Vorbereitungen der Kommunisten.

Für die S.P.D.-Genossen gilt nicht minder, was die „Abteilung Gewerkschaften“ der K.P.D. zur Generalversammlung am 14. Juni betont:

„Die Wichtigkeit dieser Generalversammlung: 1. Neuwahl der engeren Ortsverwaltung; 2. Aufstellung der Vorschlagslisten der Delegierten zum Verbandstag, macht es jedem Genossen zur Pflicht, durch eine gründliche Vorbereitung im Betrieb für reiflichen Besuch aller Genossen und der mit uns Sympathisierenden Sorge zu tragen.“

Es folgt die Anweisung:

„In jedem Betrieb bzw. Wohnbezirk (da, wo mehrere Betriebe zusammengeleitet sind) müssen die Genossen vor Stattfinden der Wahlkörperversammlung eine kurze Vorbesprechung abhalten, in der sie die Kandidaten und die Sprecher bestimmen sowie alle Genossen über unsere Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen informieren.“

Die Stellung der K.P.D.-Mitglieder, die sie zu den einzelnen Anträgen einzunehmen haben, wird hierauf eingehend festgelegt.

„Durch den in der letzten Generalversammlung angenommenen Antrag über die Frauenarbeit (Einführung der Fließarbeit, Rationalisierung) ist es für uns selbstverständlich, daß durch einen Beschluß der Generalversammlung die in Frage kommenden Arbeiterinnen den Branchen zugeteilt werden, denen die Männer, die früher diese Arbeit unter anderen Bedingungen geleistet haben, zugeteilt waren.“

Wenn die Generalversammlung dies nur zu beschließen hätte, müßte sie es ohne weiteres tun. Doch dann wäre es nicht mehr kommunistisch. Kommunistische Forderungen müssen so zugespielt sein, daß ihre Durchführung einen Kampf unter allen Umständen heraufbeschwört.

Die Annahme des Antrages 2 wird als unbedingt notwendig bezichtigt, nämlich die Agitationskommission der Frauen nicht „willkürlich“ zusammenzusetzen, sondern ihre Mitglieder durch die in Frage kommenden Versammlungen zu delegieren. Die Frauenagitationskommission habe größtenteils andere Aufgaben zu lösen als die der Branchen, nämlich „vom Standpunkt der Allgemeininteressen der Frauen rein agitatorisch und propagandistisch zu wirken“.

„Antrag 3 ist deshalb wichtig, weil er entgegen den Reformisten immer wieder unsere grundsätzliche Stellung festlegt: nicht Erwerbslosenversicherung, sondern Erwerbslosenfürsorge. Die geplante Zwischenlösung beweist, daß man nicht nur die Kosten auf die Arbeiterschaft abwälzt, sondern auch die Erwerbslosenversicherung selbst abgebaut werden soll.“

Es ist stark zu bezweifeln, ob selbst die Arbeiterschaft in Russland, wenn sie zu entscheiden hätte, sich mit der „Fürsorge“ abfinden ließe. Wir wollen Versicherung unter Selbstverwaltung und keine Fürsorge.

Ein Antrag 4 will, daß aus der Mitte der Generalversammlung eine Mandatsprüfungskommission bestellt werden

soll. Einzelne Bezirksleiter hätten einseitig von ihrem politischen Standpunkt aus die Wahlen behandelt und die Ortsverwalter hohen Proteste dagegen „nicht so objektiv durchgeführt“.

Aus dieser Instruktion geht hervor, daß alle vier Anträge, die diesmal zur Generalversammlung gestellt sind, in der Münchener Straße entstanden sind. Das ist nichts Neues, doch da es gewöhnlich abgelehnt wird, sei es ausdrücklich festgestellt.

Das Rundschreiben der K.P.D. muß allen S.P.D.-Metallarbeitern ein Kopon sein, an den Wahlkörperversammlungen teilzunehmen, um die Anschläge der K.P.D. auch diesmal wieder abzuwehren.

Für die Einheitsfront im Baugewerbe.

Der Baugewerksbund hatte zu Dienstagabend nach dem Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Baudelegierten einberufen, in der der 1. Vorsitzende, Genosse Drügemüller, ein instruktives Referat hielt über das Thema „Organisation und Betriebsvertretung“. Der wesentlichste Inhalt seiner Ausführungen war folgender:

Zweck und Aufgabe des Baudelegierten soll es sein, nicht nur die gesetzlichen und tarifvertraglichen Rechte seiner Mandatgeber zu wahren, sondern auch die Verbindung mit der Organisation aufrechtzuerhalten. In vielen Fällen beschränken sich die Baudelegierten darauf, nur ihre gesetzlichen Funktionen auszuüben, legen aber weniger Wert auf ein inniges Zusammenarbeiten mit der Organisation. Es soll nicht gelugnet werden, daß dies mit einer Folge der organisatorischen Zerplitterung der Bauarbeiterchaft ist, vor allem der unerantwortlichen Quertreibereien der „Ausgeschlossenen“. Es ist aber gerade jetzt, da Kaiser sich ansieht, einen Industrieverband des Baugewerbes im Reich aufzuziehen und damit erneut Vermittlung in die Bauarbeiterchaft zu tragen, an der Zeit, diesen „Auchorganisierten“ energisch gegenüberzutreten. Das bisher geübte Verhalten muß endlich aufhören und es muß vor allem schon den Anfängen einer solchen Neugründung gewehrt werden.

Diese Splitterorganisation, die sich so überrevolutionär gebärdet und jederzeit versucht, die freigewerkschaftlich organisierte Bauarbeiterchaft zu unbedonnenen Taten zu treiben, hat keine Existenzberechtigung. Diese Organisation, die nirgends an einem Vertrag oder einer sonstigen Vereinbarung beteiligt ist und doch überall mitzureden versucht, obgleich sie keinerlei Verantwortung zu tragen hat, ist eine Sumpfpflanze in der Gewerkschaftsbewegung, die im Interesse der vorwärtstrebenden Bauarbeiterchaft ausgerottet werden muß. Danach müssen auch die Baudelegierten in Zukunft handeln und darauf verzichten, die Interessen der „Ausgeschlossenen“ wahrzunehmen, wie sie es bis jetzt aus falsch angebrachter Toleranz noch getan haben. Der Baugewerksbund selbst hat ebenfalls beschlossen, fortan Baudelegierten, die dem Verband der „Ausgeschlossenen“ angehören, Rechtschutz oder andere Vergünstigungen nicht mehr zu gewähren, da es schließlich nicht angeht, aus den von den Angehörigen des Baugewerksbundes aufgegebenen Mitteln Mitglieder einer anderen Organisation zu unterstützen, die die eigene Organi-

sation auf die gehässigste Art und Weise bekämpft und verläumdet. Den Mitgliedern der am Vertrag beteiligten Lokalorganisation muß aber auf die kameradschaftlichste Weise klar gemacht werden, daß das Bestehen ihrer Lokalorganisation neben der Zentralorganisation, dem Baugewerksbund, ein Unsinn ist. Jedenfalls muß von den Baudelegierten verlangt werden, daß sie in der nächsten Zeit nicht nur ihre gesetzlichen Funktionen ausüben, sondern alle Kräfte dafür einlegen, bald eine vereinte Front aller Bauarbeiter herbeizuführen. In das beifällig ausgenommene Referat wurden meist nur kurze Fragen angeknüpft, die Genosse Drügemüller in seinem Schlusswort beantwortete.

Polier-, Vert- und Schachtmeister!

Der Betonpolier Georg Behrend, Berlin D. 112, Dolziger Straße 31, der Maurerpolier Herr. Reide, Berlin D. 112, Riebachstraße 31, der Maurerpolier Rich. Road, Berlin D. 65, Magstraße 15 und der Zimmerpolier Emil Güllert, Berlin D. 33, Cabiner Straße 10 (die drei Erstgenannten sind Mitglieder, der Letzgenannte ist seit dem 1. Oktober 1925 nicht mehr Mitglied unseres Bezirksvereins) haben ein Werbeblatt an eine große Anzahl unserer Mitglieder verandt, zwecks Gründung einer Arbeitsgemeinschaft von Polierern und Schachtmeistern und zwar in der Form einer Baugesellschaft auf Aktien resp. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Der Vorstand des Bezirksvereins Groß-Berlin legt Wert darauf, in der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß der Polier-, Vert- und Schachtmeisterbund für das Baugewerbe Deutschlands, Bezirksverein Groß-Berlin, nicht das geringste mit dem Werbeblatt oder mit der projektierten Baugesellschaft zu tun hat und bittet Mitglieder wie Interessenten, davon Kenntnis zu nehmen.

Fortdauer der Ausnahmebestimmungen in England.

London, 2. Juni. (W.T.B.) Reuter. Im Unterhaus wurde heute die Debatte über die Fortführung der Notstandsmaßnahmen eröffnet. Die Maßnahmen sind dieselben, wie die bereits angenommenen. In einem Zusatz jedoch wird dem Minister des Innern, wie bereits gemeldet, das Recht zuerkannt, die Einfuhr von Geld aus dem Ausland, „soweit sie die öffentliche Sicherheit und das Leben der Nation bedroht“, zu verbieten. MacDonald sprach sich gegen die Fortführung der Notstandsmaßnahmen aus und sagte, daß er, obgleich jede andere Regierung unter solchen Verhältnissen, wie sie jetzt waren, gezwungen gewesen wäre, Ausnahmevollmachten zu fordern, die Fortführung der Maßnahmen in Anbetracht des mutergültigen Verhaltens der Bevölkerung als nicht länger notwendig betrachte. Johnson Hyde stimmte dem Urteil, welches MacDonald über das Verhalten der Bevölkerung während des Streiks gegeben hatte, zu und erklärte, obgleich die Stimmung der großen Masse des Volkes, mit Einschluß der Streitenden, glänzend zu nennen gewesen sei, wären doch einige Ausnahmen vorhanden gewesen. Die Fortführung der außergewöhnlichen Vollmachten wurde sodann mit 249 gegen 100 Stimmen beschlossen.

Weniger noch dieser Beschluß als das „Einfuhrverbot“ von Unterstützungsgeldern für die Opfer des Streikes und die streikenden Bergleute und ihre Frauen und Kinder wirkt außerordentlich befremdend. Ob die Not durch die Zuwendung des Prinzgen von Wales oder durch ausländische, selbst russische Unterstützungsgelder, gemildert wird, ist doch einerlei, wo es lediglich darauf ankommt, dieser Not zu steuern. Eine Zurückweisung ausländischer Unterstützungsgelder wäre nur dann begründet, wenn die Regierung aus eigenen Mitteln die Unterstützungaktion bestreiten würde.

Aufzug, Maler und Lackierer!

Morgen, Freitag, 7½ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24/25, Vortrag des Verbandsvorsitzenden Karl G. Strauß: „Die Berufs- und Tarifverhältnisse im Bau- und Industrie-gewerbe“. Diskussion und Beschlüsse. Jede Arbeitsstelle muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Arbeits-Gewerkschaftsjugend, heute, Donnerstag, 7½ Uhr, taugen die Gruppen: Offizier: Arbeitsmitarbeiter-Versammlung im Jugendheim der Gruppe Köpenick, Köpenicker Str. 5, Köpenick: Was bedeutet uns das Sonnenwendfest? — Kreisleiter: Was ist die Bedeutung uns an der Arbeitsmitarbeiter-Versammlung. — Vizeleiter: Arbeitsmitarbeiter-Versammlung in Köpenick. — Tempelhof: Jugendheim Köpenick, Germaniastr. 48, Heimbesprechung, Einabend. — Südost (Kreuzberg 1): Jugendheim Reichensacker Str. 6 (Kreuzberg), Heimbesprechung, Vierabend. — Mitte: Jugendheim Neue Allee, 21, Heimbesprechung, Vierabend. — Köpenick: Gärten auf dem Vieh an der einsamen Gasse. — Gesundbrunnen (Wedding 2): Gruppenheim Götterbühl Str. 2, Jugendheim, Heimbesprechung, Vierabend. Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften, von R. J. J. Berlin. — Spandau: Jugendheim Lindenstr. 1, Heimbesprechung. — Köpenick: Jugendheim Bremer Ecke Wiesenstraße, Heimbesprechung, Bericht von der Ufnalstraße.

Verantwortlich für Inhalt: Groß Reuter: Wirtschaft: Kurt Saltruss; Gewerkschaftsbewegung: S. Strauß; Kreisleiter: R. J. J. Berlin; Polizei und Gendarmen: Fritz Karstadt; Nachrichten: Th. Strauß; sämtlich in Berlin. Berlin: Nordwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Carl Emsen u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2, Stern 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Preiswerte Angebote für Garten und Balkon

Balkon-Tischdecken
bunt kariert, garantiert waschecht, hübsche Ausmusterung
ca. 80x90 ca. 110x110 ca. 110x150
95 Pl. 145 225

Gartendecken
gutes Panamagewebe, bunt kariert, in allen Farben
195 285
ca. 110x110 ca. 110x150

Gartendecken
durchgewebt, zweiseitig zu decken, in verschiedener Ausmusterung
195 295
ca. 110x110 ca. 110x150

Kaffeedecken
weiss, mit farbigem Druck, aparte Blumenmuster, garantiert wasch- und lichtecht
495 595
ca. 130x130 ca. 130x160

Garten- und Verandamöbel

Holz-Klappmöbel
Bank naturlackiert..... **975 1200**
Sessel naturlackiert..... **675 775**
Tisch naturlackiert..... **600 750 875**
Hocker 180 besser ausgestattet.... **230 275**

Korbessel
Wulstessel Weide, extra weis..... **790**
Wulstessel Peddigröhr, mit Strahlen..... **825**
Tische Peddigröhr, u. Sperrholzpl., 70cm..... **675 790**
Tische Peddigröhr, 70cm..... **900 1000**
Tische Peddigröhr, mit Zwischenplatte, Sperrholz..... 60cm..... **1250 1375**

Liegestuhl
mit Jutebezug
340 490
mit Armlehne

Liegestuhl
mit Arm- u. Fussstell extra-groß
675 900

Strandstuhl
mit Sonnenschirm, blau oder weis gestreift
1500

Eichenwurzel-Möbel

Sessel bequeme Form..... **950**
Bank ca. 125 cm lang..... **2450**
Bank ca. 140 cm lang..... **3400 4500**
Tische **1450 1700 bis 3000**

Wir veranstalten am Mittwoch, den 2., bis Sonnabend, den 5. d. M., vormittags 11 Uhr und nachmittags 4 Uhr, Leipziger Strasse (1. Stock) und Alexanderplatz (2. Stock)

Modevorführungen

in Sommerbekleidung
Badebekleidung — Sportbekleidung

Karten für die Vorführungen werden einen Tag vorher an den Kassen der Damen-Konfektions-Abteilungen kostenlos verabfolgt
Karten für heute sind vergriffen.

Markisenkörper

prima Leinen, einfarbig u. gestreift, in vielen Farben
ca. 100 cm 120 cm 140 cm brt.
250 295 340
Meter 2 Meter 2 Meter 3

Markisenstoffe

imprägniert, rot, blau oder orange
Streifen, beste Qualität, ca. 120 cm breit
345
Meter

HERMANN TETZ

Der letzte Haufen.



II.)

Die letzte Station des Rundganges durch das Berliner Arbeitshaus in Rummelsburg war das Lazarett der Frauenabteilung. Es ist derselbe freundlose Raum, wie drüben bei den Männern. Eine Ecke macht eine Ausnahme; in der liegt eine seit 14 Jahren gelähmte Hospitalitin. Sie hat neben ihrem Bett eine kleine Stellage von Wandbrettern, auf denen sie Handarbeitsmaterial usw. unterbringt. Und sie hat Radio! Das Radio wurde von einer Wohlfahrtsstelle gestiftet. Ich fühle förmlich, wie der Herr Oberinspektor auf meinen Bewunderungsruf wartet. Radio im Dösjentopp! Aller Komfort der Neuzeit! Wenn das nicht jede Stephi toschlägt! — Aber gleich danach erfahre ich, daß die gelähmten Patientinnen (es sind drei) nicht hinaus in den Hofgarten gefahren werden können; der einzige Fahrstuhl ist in sehr wackliger Verfassung. Man müßte sich vom Männerlazarett einen Stuhl Sorgen. Der wird da auch gebraucht. Das Runterbringen über die Treppe ist sehr beschwerlich, da haben die Patientinnen „freiwillig“ auf diese Auszüge auf das „Garten“ gekaufte Hofsierec verzichtet. Geranden auf gleicher Höhe wie der Saal existieren nicht. Die drei Gelähmten — zwei Frauen, ein junges Mädchen — sehen tagaus, tagein, Winter wie Sommer, dieselben grauen Wände, die Gesichter ihrer Leidensgefährtinnen; hinaus kommen sie nie.

Schicksale.

Wer kommt in den „Dösjentopp“? — „Wir haben wirklich nur den Ausschub von allem,“ wird von der Direktion geantwortet. „Wir bekommen nur vorbestraute Hospitaliten oder solche, die sich in anderen Hospitälern durch Unverträglichkeit, Auffälligkeit oder Trunksucht unmöglich gemacht haben. Von den Korrigenten aber werden die wirklich geschickten, gut arbeitenden Leute von der Provinz bei den örtlichen Anstalten zurückgehalten; uns schiebt man nur den Ausschub und wir müssen ihn nehmen. Wir sind richtig „Abschleppstelle“. — Drei Schicksale, beliebig herausgegriffen, können zeigen, was hier zum Schuttl gerechnet wird — und wie diese Menschen hierher gelangten.



*) Siehe auch Nr. 250 des „Vorwärts“ vom 30. Mai 1926.

Der Alte.

Ludwig G. ist 71 Jahre. Ein großer, bedächtiger, alter Mann. Seine Akten zeigen keine Disziplinarstrafe auf, nach der Auskunft der Verwaltung hat er sich immer tadellos geführt, trinkt nicht, hat bis zum vorigen Jahre sich immer im Sommer Urlaub geben lassen, um noch als Viehhüter ein paar Groschen zu verdienen. Wie kommt der Alte hierher? — „Ja, gelernt habe ich mal Seiler. Ich bin im Posenischen geboren, aber evangelisch. Als ich 14 Jahre alt war, sind meine beiden Eltern in einer Woche an den Pocken gestorben. Da mußte ich denn fünf Jahre lernen, weil für mich weiter kein Lehrgeld gegeben wurde. Aber dann bin ich nach Ruffisch-Polen gemacht und habe Arbeit und guten Verdienst gehabt. Wie ich meinen Paß erneuern wollte, hat man mich festgehalten; ich sollte erst dienen. Da fing mein Unglück an. Ich triegte einen schlechten Borgehnen, und wie der mir mal eine Uhrreihe gehauen hat, habe ich wiedergeschlagen — aber gleich ordentlich, denn ich war ein kräftiger junger Kerl. Da habe ich 2 1/2 Jahre Festung gekriegt, und wie ich raustam, gab es für mich keine Arbeit. Dann kamen auch die Maschinen, das Gewerbe ging zurück. Da habe ich mir das Nähen angenommen und bin immer aufs Band gemacht. Bis das nicht mehr recht konnte, dann bin ich bei das Vieh gegangen. Wie ich alt wurde, haben sie mich im Winter nicht mehr behalten. So bin ich auf die Straße gekommen.“ — Das alte Lied. Der „Puh“, der „Spicklopp“ (Sendarm) hat ihn dann beim „Alinkenpufen“, beim Ansprechen erwischt, und Ludwig G. wurde einmal wegen Bettelns bestraft! Zweimal hat man ihn dafür auf je zwei Jahre ins Arbeitshaus gesteckt. — Er ist nüchtern, fleißig, sparsam, zuverlässig. Was tut das? — Er ist vorbestraut, ist ein früherer Korrigent. Daß er das Opfer unseres (hoffentlich) endgültig überwundenen Militarismus, unserer industriellen Entwicklung ist, kommt daneben gar nicht in Betracht. Kauf mit ihm auf den Schutthäufen! Vorbestraut! Noch dazu Bettel! Alter Kunde! — Und so sind dem alten Mann die Hospitäler der ehrbaren Bürger verschlossen, so muß er seinen Lebensabend zwischen gefängnisgleichen Ziegelmauern, bei elender Kost, mit „Trunkenbolden und Unverträglichen“ verbringen.

Das junge Mädchen.

Sie liegt im Lazarett der Frauenabteilung, liegt da seit einem Vierteljahr, ist rechtsseitig völlig gelähmt und hat eine schwere Unterleibsoperation durchgemacht. Der Vater zahlt für sie 3 M.

täglich. Sie erzählt: „Ich bin ein vorhehliches Kind; meine Mutter hat meinen Vater nach kurzer Ehe verlassen. Von ihr habe ich meine Krankheit: Bererebie Lues. Schon als Kind hatte ich eine schwere Lähmung, in der Kinderheilstätte wurde ich kuriert. Ich bin mal bei der Großmutter, mal in Heilstätten, dann auch zu Hause bei meinem Vater gewesen, als der sich wieder eine Frau genommen hatte. 1922 wurde ich eines Diebstahls angeklagt; man hat mich verurteilt, ich schwöre es, ich war unschuldig!“

Im Gefängnis bekam ich wieder eine Lähmung, man mußte mich entlassen; ich war wieder in Behandlung, schließlich mußte ich ins Hospital. Und ich kam hierher! Mein Vater zahlt für mich; es kostet in Buch oder im Siechenhaus nicht mehr, man nimmt mich da nicht, ich bin ja „vorbestraut“. — Hier liege ich, komme nie heraus, mein Leibden hat sich verschlimmert, die Heilmittel sind unzulänglich, die Kost ist fade und schwer verdaulich. Das Leben hier ist unerträglich! Das Mädel ist intelligent, hat eine gute Bildung; ob sie wirklich unschuldig verurteilt ist, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls war es ihre erste Strafe. Der Richter gibt oft genug in solchem Fall Bewährungsfrist; die Stadt Berlin gibt keine. Sie speert das junge Mädchen zu alten Kontrollmädchen und Säufertinnen. Vorbestraut! Das genügt.

Der Korrigent.

Otto E. sitzt freiwillig in der Arrestzelle. Das Schloß schnappt. Von dem niederen Hoder erhebt sich langsam ein junger Mensch; er drückt sich scheu an die Wand und antwortet stockend und fast



In der Arrestzelle.



„Hat er sich so sehr über mich geärgert?“ forschte Mutter. „Neber dich? Rein,“ gab Frihe zurück. „Ich habe ihm erzählt, was der Kamerad, was der Lehrer über die Bastler gesagt hat, die keine Ahnung vom Funksystem haben und das viele mühsam verdiente Geld verpulvern.“

„Hättst ihm nich sagen brauchen,“ meinte Mutter betrübt.

„Wenn er mich fragt, muß ich die Wahrheit sagen,“ erklärte Frihe.

„Ja, ja,“ sagte Frau Knorke gedankenvoll, „warum muß er auch über alles fragen.“

„Das ist doch besser, als wenn er unnütz das Geld verpulvert,“ meinte Anneliese atklug.

„Und nun will Vater überhaupt keinen Röhrenkasten?“ forschte Mutter bei Frihen in beinahe bedauerndem Tone.

„Ach ja, haben möcht er schon einen. Aber nich selber bauen, fertig kaufen.“

„Fertig kaufen? Watt kostet son Ding?“

„Ich habe keine Ahnung, aber Kamerad — Lehrer sagte uns, manchmal kann man ganz billig zu einem guten Apparat kommen. Zeht zum Beispiel. Eine Witwe, deren Sohn Elektrotechniker ist und ne gute Stellung in Schweden bekommen hat, wohin er seine Mutter nachkommen lassen will, verkauft hier allerlei. Darunter auch einen Fünfrohrenapparat.“

„Fünf Röhren?“ riefen die drei anderen wie aus einem Munde, und Mutter fügte hinzu: „D jeh, der kost't sicher een Vermögen.“

„Kann ja morgen mal fragen. Ich glaube gar nicht, daß er so teuer ist,“ erklärte Frihe unternehmend.

„Mutter,“ stürmte Anneliese wieder auf sie ein: „Du würdest?“

„Unfinn,“ entgegnete diese, „wo soll id denn dei velle Geld hernehmen.“

„Mutter, liebe Mutter! Ich gebe alles aus meiner Sparkasse mit dazu,“ rief Anneliese.

„Hier,“ sagte Karle und legte ein altes zerlästertes Portemonnaie auf den Tisch, „sind die ersparten Fensterscheiben von de letzten drei Monate.“

Er hatte wirklich nie wieder eine zerschlagen, seit man in der neuen Schule sich über den Schutz von Eigentum und von Gemeinschaftseigentum insbesondere unterhalten hatte.

Zeht rückte Frihe sein altes Schaukelpferd heran. Ein Familienerbstück, das schon aus Großvaters Jugendzeit stammte. Man konnte sich daran wenigstens vorstellen, wie damals die Pferde ausgesehen haben. Bald werden die Autos das letzte Pferd aus dem Gedächtnis der Menschheit verdrängt haben.

Frihe hob den Sattel hoch, nahm eine ganze Anzahl glatter Geldscheine aus seinem Versteck und sagte stolz: „Das opfere ich zur Herstellung einer internationalen Verbindung zwischen der übrigen Welt und Knorkes.“

„Junge,“ sagte Mutter mißtraulich, „wo haste das viele Geld her?“

„Keine Angst, Mutter, ehrlich erworben!“

„Aha,“ sagte sie, durchaus nicht beruhigt, „deshalb läufte nachmittags zu einer bestimmten Zeit immer fort. Du hast wohl ne Stelle angenommen? Du weizt, daß Vater das nicht duldet, denn er sagt mit Recht, es laufen so viele Erwachsene arbeitslos herum, daß nicht noch die Kinder das bißchen Arbeit fortnehmen brauchen.“

„Würde mir mein Kamerad — mein Lehrer, wenn das der Fall wäre, die Stelle nachgewiesen haben? Was ich dafür mache, kann kein Erwachsener.“

„Na, da bin ich aber neugierig,“ sagte Mutter.

„Kann id da nich ooch hinkommen?“ meinte Karle.

„Ne,“ sagte Frihe, „du bist schon zu groß.“

„Na sagste nu, wat is?“ fragte Mutter ärgerlich.

„Die Mutter von unserm Lehrer ist Malerin und arbeitet an einem Bilde „Engel von einst und jetzt“, und da stehe id Modell.“

„Als welcher denn?“

„Für alle beede.“

„Du,“ sagte Karle, „wenn das Vater heert, lacht er sich tot!“



„Alle Weiter!“ rief die Mutter und horchte zur Tür hinaus. „Ach floobe, der Vater kommt schon wieder, und id habe dei Mittag noch nich fertig!“

„Die Kartoffeln sind ja schon gerieben,“ meinte Anneliese.

„Au, et jibt Puffa!“ schrien beide Jungen.

Als Vater sich ausgezogen und es sich bequem gemacht hatte, stand schon der erste Puffer vor ihm auf dem Tisch, denn Mutter hielt darauf, daß sie frisch von der Pfanne gegessen wurden. Während Anneliese weiter baden mußte, stand sie schmunzelnd hinter seinem Stuhl und fragte, als sie sah, wie es ihm mundete: „Ra?“

„Knork,“ war seine Antwort, und man konnte nicht entscheiden, ob das freundliche Lächeln, das über sein Gesicht huschte, dem knusprigen Puffer oder seinem als Bezeichnung für alles gute zur Berühmtheit gelangten Familiennamen galt.

Mutter und Anneliese buken nun in zwei Pfannen, und schließlich sah die ganze Familie am Tisch und prepelte.

Nun stellte sich auch heraus, daß Vaters schnelle Wiederkehr und sein freundliches Schmunzeln eine dritte Ursache hatte. Er war zur Fabrik gewandert in der Hoffnung, daß er in der Mittagspause den Kollegen, der ihn veranlaßt hatte, die Kinder in die neue Schule zu schicken, treffen würde, da derselbe heute arbeitete. Statt dessen redete ihn plötzlich auf der Strafe jemand mit den Worten an: „Na Knork, warum denn so ein miesepetriges Gesicht?“

Als er auffah, stand sein Borarbeiter ihm gegenüber. Knork, immer noch verdrießlich, antwortete ziemlich unwirsch: „Ja, wie kann man denn, wenn man auf halbe Kost gesetzt wird, die Strafe lang vor Freude Jazzband tanzen?“

„Rein, nein. — So'n modernen Tanz traut man solchem deutschen Bär wie Knork überhaupt nicht zu. Aber ich bitte mir sofort ein anderes Gesicht aus, wenn ich erkläre, von morgen früh ab wird wieder voll gearbeitet.“

„Ist das wahr?“ fragte Knork mißtraulich.

„Heute,“ entgegnete der Borarbeiter, „sind Bestellungen eingegangen, die uns bis Ende des Quartals flotthalten. Ich habe joeben die Karten an die feiernden Arbeiter in den Kästen gesteckt, und denke, die Familien werden sich auch freuen.“

„Jawoll, id kehre sofort um, dei wird ne verheißungsvolle Botschaft sind, die ich den Meinen bringe. Morgen bin id mit jewohnter Pünktlichkeit zur Stelle.“

(Fortsetzung folgt.)

widerwärtig. Auf seine eigene Bitte hat man ihn hier in die Arrestzelle gesperrt; er konnte die Gesellschaft der anderen nicht ertragen. Nun sitzt er Tag um Tag in diesem Loch; das vergitterte Fenster ist dicht unter der Decke, von undurchsichtigem Glas. Selbst wenn er auf den Tisch freigeht würde, könnte er nichts sehen. Täglich wird er von 7 bis 8 Uhr morgens an die Luft geführt. Er kann weder lesen, noch schreiben und wird den ganzen Tag mit Lautsprechern oder Bergzupfen beschäftigt. 18 Monate hat er im Arbeitshaus zu sitzen — dann kommt noch eine Strafe von 1 1/2 Jahr Gefängnis! Da muß er doch ein arger Verbrecher sein. — Also: Otto E. ist aus der Provinz. Er ist sehr beschränkt und sicher „geistig minderwertig“ im Sinne des § 51, d. h. ein guter Anwalt hätte ihn gewiß darauf freibekommen. — Das Maß der Strafe ist nur, daß die guten Anwälte für Protesten nicht erzwungen sind. Und so war Otto E. schon zweimal wegen kleiner Diebstähle verurteilt, als er nach Berlin kam. Er geriet in schlechte Gesellschaft. Eines Tages wurde er betrunken aufgegriffen; er war obdachlos. Einmal wurde er ermahnt, sich ein Obdach zu beschaffen. Als man ihn wieder ausgriff, und er noch kein Obdach hatte — — —, da schickte ihn die hohe Polizei kurzweg für 1 1/2 Jahre in den „Dahsenkopp“. Jetzt sitzt er hier und zupft Berg und verdient wohl 10 Pf. am Tage damit. Und wenn er das 1 1/2 Jahr abgesehen hat, dann muß er wegen eines Fahrabstiehs, den er in seiner Heimat beging, auf 1 1/2 Jahr ins Gefängnis! Einunddreißig Jahre! Denn dem Korrigenden mußte man schon eine dicke Strafe aufbrücken; das mußte wohl ein ganz verworfener Mensch sein! — Otto E. kann nicht einmal einen Brief, den ein Rühstift in seinem Auftrage schrieb, abschreiben; er verfrachtet sich (schon wie ein Tier. Er war mal betrunken, war obdachlos — — —, dafür muß er nun 1 1/2 Jahr Berg zupfen. Die Dauer der Unterbringung im Arbeitshaus bestimmt die Polizeibehörde.

Das sind drei Schicksale aus dem „Dahsenkopp“, die Schicksale dreier Verurteilten. Der Oberinspektor erzählt, wie eines Tages im Anatomieaal alle Präparate verdarben, weil die „Schwarzen Susanen“ von den Säugern, Bierhergen usw. allen Bierspiritus heruntergeschossen hatten. Und er zeigt „Lottchen“ jedem Besucher. Lottchen ist eine 76jährige kleine Alte, die jeden Jani mit den Worten endigt: „Ich bin ein anständiges Sittenmädchen, aber ihr seid alle Bienen!“ — Alle werden sie hier in einen Topf geworfen; die Stadt Berlin kennt weder Bewährungsfrist noch Bewährung. Hier drin gibt es nur Korrigenden und ehemalige Sträflinge. Wer hier strandet, wird rechtlos, verliert Menschenrecht und Würde. „Wir mußten mal bei einer Grippe-Epidemie ein paar Krankenäle für ein Krankenhaus hergeben“, erzählt der Direktor. „Die Patienten wurden im Krankenwagen gebracht. Wenn sie am nächsten Morgen erfuhr, wo sie waren, sind sie zu Fuß ausgeführt! In solchem Rufe stehen wir!“

Der Lügow-Prozess.

Zwei Jahre Gefängnis, drei Jahre Exzess beantragt.

Nach vierzehnjähriger Verhandlung konnte gestern im Lügow-Prozess endlich die Beweisaufnahme für geschlossen erklärt werden. Bei gefülltem Zuschauerraum, in Anwesenheit des Generalsstaatsanwalts des Landgerichts II und des Landgerichtspräsidenten ergriff der Staatsanwalt Dr. Burzelt das Wort zu seinem Plädoyer. Wie nicht anders zu erwarten war, stützte er sich dabei in der Hauptsache auf das für Lügow so ungünstige Gutachten des Medizinalrats Dr. Störmer.

Der Staatsanwalt stellte zu Anfang fest, daß die Ursache des großen Aufsehens, den dieser Prozess in der Öffentlichkeit erregt habe, nicht so sehr in der Persönlichkeit des Angeklagten als in der Tatsache zu suchen sei, daß hier einem Lehrer und Erzieher massenhafte Verfehlungen unzüchtiger Art an ihm anvertrauten Schülern zur Last gelegt werden. So hatte die Allgemeinheit naturgemäß ein Recht zu verlangen, daß der Tatbestand reiflich geprüft werde und daß, falls eine Schuld vorhanden sei, auch eine gerechte Bestrafung eintrete. Die ganze Art der Züchtigungen, wie der Viehpflegungen während derselben, und der Zärtlichkeiten zu den Schülern bei anderen Anlässen, endlich auch das sonstige Verhalten v. Lügow zu seinen Schülern und insbesondere zu seinen Schwestern ließen gar keinen Zweifel darüber, daß Dr. Störmer mit seinem Sachverständigenurteil recht hatte. Es handelt sich hier um einen homosexuellen Menschen, der sich an seinen Schülern fortgesetzt unzüchtig vergangen hat. Auch Dr. Roganus-Hirschfeld konnte das Vorhandensein einer homosexuellen Komponente bei Lügow nicht in Abrede stellen; er war jedoch der Ansicht, daß der Angeklagte sich der Tragweite seiner Handlungen nicht bewußt gewesen sei. In Wirklichkeit unterliegt es jedoch keinem Zweifel, daß auch in dieser Beziehung Dr. Störmer das Richtige getroffen habe, als er erklärte, der Angeklagte sei sich voll und ganz dessen bewußt gewesen, daß seine Züchtigungen und Viehpflegungen geschlechtlicher Natur seien. Seine Handlungen entsprechen aber auch dem Gesamteindruck, den man von seiner Persönlichkeit erhält; sie stehen im Einklang mit seinem Liebesleben in der Jugend und den Beziehungen zu seiner Frau während seiner siebenjährigen Ehe. Eine Erklärung findet sein abnormes Triebleben in einem psychischen Trauma (Erschütterung) während der Bubereiszeit, wo er von seinem Lehrer in Braunshausen geistlich und geprügelt wurde.

Der Fall Weiß — es liegt kein Grund vor, der eiblichen Aussage dieses Zeugen zu misstrauen — paßt ganz in das Gesamtbild hinein. Dieses eine Mal hat v. Lügow dem Knaben gegenüber, der ihm besonders nahe stand, die letzten Hemmungen fallen lassen. Auch die unzüchtigen Handlungen an Wäsche müssen als gegeben betrachtet werden. Im übrigen sind aber nicht alle Anklagefälle aufrechtzuerhalten. Ausschließen müssen die Fälle, wo die Zeugen ihre Aussagen in der Gerichtsverhandlung geändert haben, ferner die, wo die Züchtigungen aus pädagogischen Gründen stattfanden, und schließlich auch alle anderen, wo objektiv unzüchtige Handlungen nicht vorlagen. Es bleiben somit 13 Fälle, in denen unzüchtige Handlungen stattgefunden haben, und weitere 8, in denen sich der Angeklagte die Gefährdung der körperlichen Sicherheit und die Ueberschreitung des Züchtigungsrechts hat zuschulden kommen lassen. Bei der Bemessung der Strafe ist zu berücksichtigen, daß der Angeklagte einerseits von einer Triebrichtung behaftet ist, die bei den Verhältnissen unter denen v. Lügow lebte, äußerst schwer zu beherrschen gewesen ist, daß er andererseits bemüht gewesen sei, sich von seinen Verfehlungen zurückzuhalten und im übrigen für seine Schüler die beste Sorge zu haben. Im Falle Weiß liege aber ein ehrenrühriger Vertrauensbruch vor. Daher beantragt er zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung der fünfzehnjährigen Unterbringung und drei Jahre Ehrverlust. Als zweiter am Rechtsanwalt Dr. Gollmitz in Vertretung der Nebenklage im Falle Weiß zu Wort. Er beantragte u. a. die Aufhebung einer Buße. — Am Freitag folgen die Plädoyers der Rechtsanwälte Dr. Reumond und Dr. Stemmler; am Sonnabend die Plädoyers der Rechtsanwälte Dr. Ballentin und Dr. Frey.

Die chinesische Freiheitsbewegung.

Chinesische Studentengruppen veranstalteten am letzten Sonntag im Schubert-Saal eine Kundgebung zu Ehren der Toten des chinesischen Befreiungskampfes, insbesondere der Opfer der blutigen Scharnhauer Zusammenstöße vom 30. Mai 1925, bei denen bekanntlich etwa 70 Studenten und Arbeiter getötet wurden. Ziel der chinesischen Volksorganisationen sei, so wurde in der Kundgebung ausgeführt, das Band von militaristischer Ausbeutung zu erlösen und die Bahn freizumachen für eine fortschrittliche Entwicklung des chinesischen Millionenvolkes. Die Vertreter ausländischer Studentenorganisationen, sowie mehrere deutsche Vereinigungen brachten ihre Sympathie mit den Zielen der chinesischen Studentenschaft zum Ausdruck. Lichtbilder aus Schanghai, Peking und Kanton bildeten den Schluß der Veranstaltung.

Zwei Wasserrohrbrüche.

Eine Katastrophe im Bereich der Charlottenburger Wasserwerke.

In Nikolassee ereignete sich gestern nachmittag gegen 1/2 Uhr aus noch nicht geklärt Ursache an der Ecke der Borussen- und Wannseestraße, dicht neben der Bahnanlage Charlottenburg-Wannsee ein Wasserrohrbruch, der ein 3 Meter großes Loch in den Straßendamm riß. Innerhalb kurzer Zeit waren die angrenzenden Gärten unter Wasser gesetzt. Im Umkreis von zickta 500 Metern stand das Wasser teilweise über einen Meter hoch. Die Charlottenburger Wasserwerke, deren Pumpstation in unmittelbarer Nähe des Ueberhöhwassersortes liegt, waren gezwungen, die Leitungen zu sperren. Der gesamte Westen Berlins war mehrere Stunden völlig ohne Wasser. Auch erhebliche Verkehrsstörungen blieben nicht aus.

Der Rohrbruch hatte eine 4 bis 5 Meter hohe Wasserfäule zur Folge. Ein Radler, der im Augenblick des Unglücksfalles den Damm passierte, wurde zur Seite geschleudert. Die ganze Gegend gleich alsbald einem riesigen See, der sich fast bis zum Bahnhof erstreckte. In den angrenzenden Gärten ist mannigfacher und nicht unbedeutender Schaden angerichtet. Wie eine Oase in der Wüste ragte das Ausflugrestaurant Rennbahnkaufe als Insel aus den Fluten. Es blieb nichts anderes übrig, als die Wasserzufuhr völlig zu sperren. Die Folge war ein alsbald einsehender völliger Wassermangel, der sich auf Wilmsdorf, Friedenau, Schöneberg, Zehlendorf und Brunowald erstreckte. Mit diesem einen Unglück nicht genug, ereignete sich um 7 Uhr abends in der Parallellstraße in Nikolassee ein zweiter Wasserrohrbruch. Der Bruch im Fahrerdamm hatte ungefähr dieselbe Ausdehnung wie bei der ersten Ueberhöhwassersort. Am Ru hatten riesige Wassermassen die anliegenden Gärten völlig überschwemmt. Die Charlottenburger Wasserwerke hatten alle Mühe, des Wassers Herr zu werden. Ueber die Ursache der Rohrbrüche war bedauerlicherweise im Bureau der Charlottenburger Wasserwerke in den Abendstunden nichts zu erfahren. Angesichts einer derartigen Katastrophe hätte man wohl erwarten dürfen, daß das davon betroffene Wasserwerk für Ausbesserung und damit für Beruhigung der Bevölkerung vorgesorgt hätte.

Abermals ein großer Dachstuhlbrand.

Nachdem erst am Dienstag ein großer Teil der Berliner Feuerwehren an zwei Großbrandstellen zu gleicher Zeit tätig waren, wurden gestern erneut fünf Löschiüge nach der Raabestr. 12, im Zentrum Berlins, alarmiert. Gegen 1/3 Uhr bemerkten Straßenpassanten und Hausbewohner eine außerordentlich starke Berqualmung, die von dem Dach kam. Es wurde sofort die Feuerwehr alarmiert. Als sie eintraf, schlugen aus dem Dachstuhl des noch ziemlich neuen Vorderhauses die heißen Flammen heraus. Auch der Seitenflügel brannte bereits lichterloh. Es wurde von den benachbarten Dächern und über mehrere mechanische Leitern aus Rohren größten Kalibers Wasser gegeben. Aber trotz angestrengtester Bestrengungen gelang es nicht, auch nur einen Teil des in

Alle denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten werden im Betrieb Schulaufbau!

Flammen gehüllten Dachstuhls zu erhalten. Eine bei Dachstuhlbränden ganz ungewöhnlich starke Ausbreitung erlebte die Löschiaktion außerordentlich, so daß es den Feuerwehrlern nur möglich war, mit Hilfe von Rauchschutzmäskeln zu arbeiten. Zeitweise lagerten in der Raabestr. so viele Rauchschwaden, daß es für die Bewohner kaum möglich war, die Straße zu passieren. Nach dreistündiger angestrengter Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Mehrere Löschiüge hatten noch etwa drei Stunden mit der Aufräumungs- und Abklärungsarbeit zu tun. Die oberen Wohnräume haben durch Wasserbeschaden sehr stark gelitten. Es war bisher noch nicht möglich, die Entstehungsursache des Feuers zu klären und es wird auch schwer sein, eine genaue Klärung zu bringen, da beide Dachstühle völlig vernichtet sind und nur noch einen trostlosen Trümmerhaufen bilden.

Genosse Dr. Herz Bürgermeister in „Kreuzberg“.

Im Verwaltungsbezirk Kreuzberg ist die durch den Tod unseres Genossen Dr. Schöle freigewordene Stelle des Bürgermeisters jetzt neu besetzt worden. Die Bezirksversammlung Kreuzberg hat gestern die Reuwahl eines Bürgermeisters vollzogen und unseren bisher als Stadtrat in Spandau tätigen Genossen Dr. Herz gewählt. Bei der Ausschreibung der Stelle hatten, wie Genosse Haueher in seinem Bericht aus dem Wahlausgang mitteilte, sich 27 Bewerber gemeldet. Kandidat der Sozialdemokratie war Dr. Herz, der auch im Ausschuss die höchste Stimmenzahl erhalten hatte. Die Kommunisten empfahlen den Stadtrat Dr. Ausländer, von den Deutschnationalen wurde der Stadtrat Dr. Brunow (Kreuzberg) vorgeschlagen. In der Bezirksversammlung wurden drei Wahlgänge nötig, ehe es zu einer Entscheidung kommen konnte. Der erste Wahlgang ergab 25 Stimmen für Dr. Herz, 19 für Dr. Brunow, 10 für Dr. Ausländer und 5 für den von den Demokraten unterstützten Dr. Fölsche. In der Stichwahl fielen von 60 Stimmen auf Dr. Herz 29, auf Dr. Brunow 19, auf Dr. Ausländer 11; ein Zettel war unbeschrieben. In

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 3. Juni.
12 Uhr mittags: Die Viertelstunde für den Landwirt. 4.30 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik: Hugo Baur, Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium: „Personenverkehr auf deutschen Flüssen und Seen“. 5 Uhr nachm. Konzert. 6—6.30 Uhr abends: Uebertagung des Nachmittagskonzerts der Tanskapelle Marek Weber aus dem Hotel Adlon. Anschließend: Ratschläge fürs Haus. Theatervorstellung. 6.50 Uhr abends: Kriminalkommissar Ernst Engelbrecht: „Entstehung und Entwicklung der Todesstrafe“. 7.25 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Erdkunde: Dr. Robert Potonié, Dozent an der Technischen Hochschule: „Die Geschichte der Urwelt (Abschluß des Mittelalters der Erde)“. 8 Uhr abends: Gustav Schneider, M. d. R., Vorsteher des Gewerkschaftsbundes der Angestellten: „Die Selbstverwaltung in der Sozialpolitik“. 8.30 Uhr abends: Lieder. 1. Schubert: a) Dem Unseligen (Klopstock); b) Sylvia (Shakespeare); c) Die Stadt (Heine); d) Lied im Grünen (Greil). 2. Wolf: a) Auf einer Wanderung; b) Verborgenheit; c) Fußreise; d) Storchendöschchen (Mörke). (Hermann Schey, Bariton. Am Flügel: Bruno Seidler-Winkler). 9 Uhr abends: Kammermusik von Haydn bis Schönberg. 10. Abend. Havemann-Quartett: Prof. Gustav Havemann, 1. Violine; Georg Kästner, 2. Violine; Hans Mahke, Bratsche; Adolf Steiner, Cello. Mitwirkend: Rudolf Schmidt, Flügel — Dvorák: Klavierquintett op. 81 A-dur — Allegro ma non tanto — Dumka, Andante con moto — Scherzo (Pariani) — Finale. Allegro. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Donnerstag, den 3. Juni.

3—3.30 Uhr nachm.: Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. 3.30—4 Uhr nachm.: Amtsgerechter Francke: Die Straf- und Erziehungsmaßnahmen des Jugendrichters. 4—4.30 Uhr nachm.: Oberstaatsanwalt Knaut vom Jugendamt der Stadt Berlin: Die Ausführung der Pärgeorgeziehung. 4.30—5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5—5.30 Uhr nachm.: Dr. Heinz Michels: Von der Erkrankung der Zähne und des Zahnfleisches. Ab 6.30 Uhr abends: Uebertagung von Berlin.

Von dem Leiter der Nikolassee freiwilligen Feuerwehr, Dr. Koppel, wird uns der Vorfall folgendermaßen geschildert:

Einige Zeit nach Bekanntwerden des Rohrbruchs wurde die Nikolassee Feuerwehr alarmiert, der die Wannsee Feuerwehr zu Hilfe eilte. Die Wannsee Straße in Nikolassee, die besonders tief liegt — eine Eisenbahnbrücke führt darüber hinweg — war stellenweise bis zu 1 1/2 Meter unter Wasser. Die Feststellungen ergaben zunächst, daß das Hauptzuleitungsrohr für die Vororte, das einen Durchmesser von einem Meter hat, geplatzt war. An der Stelle, wo das Wasser in einem riesigen Strahl an das Tageslicht quoll, war das Rohr in einer Ausdehnung von 5 Metern gerissen. Das Herausströmen dieser gewaltigen Wassermengen ist auf das kreisartige Zirkulationssystem zurückzuführen. Bevor die Kanäle, die gewissermaßen in einem Kreise herumliegen, abgeperert werden konnten, strömte das Wasser unablässig an die Bruchstelle zurück und setzte die Straße unter Wasser. Die Feuerwehren hatten viele Stunden zu tun, um die Gullis freizumachen und die Schlammlänge, in denen sich Lammungen von Sand angesammelt hatten, zu reinigen. Die Straße ist auf längere Zeit unpassierbar, da ein großer Teil des Pfisters vernichtet ist. Noch waren die Bekehrte mit den Arbeiten beschäftigt, als ein zweiter Rohrbruch aus der Parallellstraße, nur wenige Minuten von der ersten Bruchstelle, gemeldet wurde. Hier war ebenfalls ein Zuleitungsrohr mit einem Durchmesser von 500 Millimetern geplatzt. Auch die Parallellstraße sowie die anliegenden Straßen standen bald unter Wasser. Jedoch nahm die Ueberhöhwassersort nicht diese enorme Ausdehnung wie in der Wannsee Straße an. Auch hier strömten gewaltige Wassermengen, die aus dem kreisartigen Zirkulationssystem blitzschnell zurückströmten, an die Oberfläche. Die Verwüstung, die durch die Wassermassen in der Parallellstraße angerichtet wurden, sind besonders groß. Die Straße ist in ihrer ganzen Ausdehnung zerstört; fast sämtliche Steine wurden herausgespült. Auch hier mußten die Schlammlänge von starken Sandmassen durch Bekehrte befreit werden und die Wassermassen durch die unterirdischen Entwässerungskanäle in Gullis geleitet werden.

der nachmaligen Stichwahl, die jetzt nur zwischen Herz und Grund vorzunehmen war, erhielten von 60 Stimmen Dr. Herz 39 und Dr. Grund 19; zwei Zettel waren unbeschrieben. Somit war Genosse Dr. Herz gewählt. Die Kommunisten erklärten zur Geschäftsordnung, daß sie in der zweiten Stichwahl für Dr. Herz gestimmt hätten.

Vorschuss auf Lantien.

Eine geborstene Landbundfäule.

Es ist schon ein Maßstab, das unsere schwarzweikroten Reaktionen mit ihren „Prominenten“ haben. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß die freundschaftliche Justiz fatalerweise gezwungen ist, einen antirepublikanischen Herrn wegen irgendeines Kriminaldelikts einzulassen. Die Kollektion dieser Verurteilungen ist recht vielfältig ausgestaltet, einmal z. B. sind es Sittlichkeitsdelikte, wie bei dem Stahlhelmführer Gortian in Starsleben, den man jetzt in Haft nahm, zum anderen Real großtätige Betrugsmanöver, so bei dem Landbundredakteur Hoffmann, Sekretär des Landbundesführers Dr. Coers im Kreise Teltow. Herr Hoffmann, temperamentvoll und politisch von größter Aktivität, war bei allen Wahlen an der deutschnationalen Seite. Für die Sache des schwarzweikroten Rückwärts war nicht den Heldenmut zu sterben, wohl aber das Maul aufzureißen, was er jederzeit bereit und wohl auch von Amts wegen verpflichtet. Nun sind dem Pionier für Schwarzweikrot und großagrarischer Steuererhöhung offenbar peinliche Dinge passiert, die ihn kürzlich vor das Landgericht II wegen Unterschlagung auf die Anklagebank brachten. Herr Hoffmann hatte nämlich circa 6000 M. aus der Landbundkasse ganz ordinar „gelaut“ und führte nun zu seiner Entschuldigung an, die anderen hätten es ebenso gemacht und alles wäre bloß ein Vorschuss auf seine Lantien von 600 M. gewesen. Das Gericht stand Hoffmanns Vorschuss recht skeptisch gegenüber und beschloß, den verunglückten völkischen Agitator auf 6 Monate ins Gefängnis zu schicken. Dafür hatte Hoffmann abseits sein Verhängnis und bat das Gericht, doch zu bedenken, daß er im Interesse des Landbundes bis 12 Uhr nachts in Verhandlungen zu sprechen resp. herumzubechern habe, also unabsichtlich sei. Die alten Deutschen tranken bekanntlich immer noch eins. Trotz der Alkoholreueigkeit des Herrn H., und der Stabilität der Landbundkasse, die dazu erhalten muß, sich das Gericht von H.'s trefflichen Argumenten nicht überzeugen.

Besorgt rechtzeitig Stimmzettel!

Am 20. Juni ist das Volk aufgerufen, um gegen die Habgier der Fürsten ungeheure Summen deutschen Volksvermögens für die Befreiung der durch den Krieg Geschädigten zu retten. Die hungernden Verarmten des Krieges warten noch immer auf den „Dank“ des Vaterlandes, am 20. Juni soll ihnen Dank werden, entgegen sollen die werden, die unsere Brüder und Väter in das Massenmorden trieben. Keine Stimme darf an diesem Tag zu dieser Abrechnung fehlen. Besorgt Stimmzettel. Jeder Stimmberechtigte erhält einen Stimmzettel. Wie? Zunächst muß in dem zuständigen Stimmbezirk die Stimmliste eingesehen werden. Ist die Eintragung in Ordnung, geht man in das Bezirkswahlbureau in Berlin, meist im Rathaus der Bezirke untergebracht, auf dem Lande im Gemeindehaus. Unter Vorlegung eines Ausweises erhält dort jeder einen Stimmzettel; wenn er am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks sich aufhält, wenn er nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Stimmliste keine Wohnung in einem anderen Stimmbezirk verlegt, wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert durch einen Stimmzettel die Möglichkeit erhält, einen ihm günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen. Wer nicht in den Listen enthalten ist oder aus einem Grunde für eine Zeit geschieden war, muß in seinem Stimmbezirk sich wieder eintragen lassen, erst wenn er eingetragen ist, kann er vom Bezirkswahlamt einen Stimmzettel erhalten.

Die Stadt Berlin hat für den Volkswahltag neue Listen aufgestellt, in denen alle Veränderungen enthalten, die vor dem letzten Drittel des Monats Mai erfolgt sind. Wer also nach der Zeit verzogen ist, sieht am besten in den Listen des früheren Stimmbezirks nach und holt auch den Stimmzettel von dem Bezirkswahlbureau seines früheren Wahlbezirks.

Also wer an diesem Tage nicht in seinem Abstimmungsbezirk abstimmen kann, muß sich in der Zeit vom 6. bis 13. Juni einen Stimmzettel besorgen.

Achtet darauf, daß Verwandte, Bekannte und Freunde nicht ohne diesen wichtigen Schein verreisen. Kein Wähler darf am 20. Juni sich seiner Stimmpflicht entziehen.

Bannerreihe in Romawes. Der Ortsverein Romawes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bezieht am Sonntag, den 5. und Sonntag, den 6. Juni, seine Bannerreihe. Am Sonnabend abend um 8 Uhr findet in der Turnhalle zu Romawes ein Kommerz statt, auf dem Erster Bürgermeister Kosenthal Begrüßungsworte sprechen wird. Am Sonntag, den 6. Juni, findet um 1 Uhr der Abmarsch zum Festplatz, Berliner Straße, statt, wo um 2 Uhr die Reihe des Banners vor sich gehen wird. Sprecher auf der Freie sind Zweiter Bürgermeister Vitterscheidt und bekannte Republikaner. Um 4 Uhr ist Festball in drei Vokalen.

Die Pfeife von Saloniki.

Von Ija Ehrenburg.
(Schluß.)

3) Ijol dankte dem Vater für das Blatt mit der sorgfältig von der Hand Eleasar ben Elias dazu geschriebenen Uebersetzung und sagte: „Nach meiner Meinung hast du die holländische Sprache nicht nergentlich erlernt. Das Del wäre ohnedies verdorben und deine Augen wären ohnedies verdorben, denn dem Dese geziemt es, zu verbrennen und den Augen, mit den Jahren zu verderben. Auf jeden Fall hast du mich gelehrt, wie große Edelsteine zu schleifen sind. Wer weiß, vielleicht finde ich ein weiteres Blatt, auf dem geschrieben steht, wie man diese Steine findet, und ich werde dann zum reichsten Kaufmann Salonikis.“ Joschua erzählte mir, daß Ijol tatsächlich reich geworden ist. Allerdings hat er kein Traktat gefunden, aus dem hervorging, wie man Diamanten findet, aber offenbar haben andere von ihm durchgesehene Folianten die Lehre des Vaters ergänzt, da er eine Werkstatt fosscher Brillanten eröffnete. Sein Geschäft geht glänzend, und sein Gewissen ist rein, denn wenn auch im Talmud Falschmünzer verdammt sind, so ist doch nirgends etwas gesagt über diejenigen, die ehrlich falsche Diamanten herstellen.

Nachdem er seine drei älteren Söhne abgefertigt und mit Belehrung und Erbschaft zufriedengestellt hatte, blieb Eleasar den Elia allein mit seinem jüngsten Sohne zurück, der damals ein dünner Knabe ohne bestimmte Beschäftigung war und der jetzt der geachtete Aushändler von Saloniki ist. „Mein jüngster und geliebtester Sohn“, begann Eleasar nachdrücklich, „als du geboren wurdest, war ich schon alt und weise. Ich gab mich weder der Wissenschaft, noch der Frömmigkeit, noch der Liebe mehr hin. Ich kann sogar, nebenbei bemerkt, wenn ich es ernsthaft bedenke, trotz aller meiner Weisheit nicht verstehen, wie es möglich war, daß du geboren wurdest. Ich hatte lange darüber nachgedacht, womit ich mich zunächst befassen sollte, womit ich die rauhen Waden deiner Mutter Rebecka, die leere Flasche und die aus dem Kohlenbeden verbrannten Bücher ersetzen sollte. Nachdenklich ging ich abends durch die Straßen und sah, wie auf den Schwellen ihrer Häuser Türken, Griechen und Juden saßen und lange Pfeifen rauchten, deren Köpfe den geöffneten Kelchen von Tulpen glichen. Ich hatte schon früher beobachtet, daß Leute, die sich der Liebe, der Lustigkeit, der Wissenschaft hingeben, sehr bald ihrer Beschäftigung müde werden. Der Türke zieht seine Scharowari zusammen und macht, daß er von einem Druhend der schönsten Frauen so schnell wie möglich fortkommt. Der Grieche, der seinen Kreterwein getrunken, gelungen und getauert hat, legt sich in die Sofas und beginnt vor Erschöpfung und vor Schmerzen sich zu winden. Der weisse Hebräer nicht über den Talmud ein. Offenbar stand die Pfeife über allen anderen Freuden, denn nie ist jemand müde geworden, sie an den ewig durstigen Mund zu führen. Als ich dahinter gekommen war, mein Sohn, verkaufte ich zum dritten und letztenmal meine Hosen, die mir erst kurz vorher Rebecka aus ihrem Hochzeitskleide gemacht hatte. Für die daraus erlösten zwei Pfaster kaufte ich mir eine gute Pfeife aus Levantien mit einem Nasminstiel und einem Bernsteinkopf. Aber als ich sie zu Hause hatte und, nachdem ich ein Päckchen Smyrnotabak entriegelt hatte, im Begriff war, ein Stückchen Kohle in die Tulpenblüte zu legen, hielt die Stimme der Weisheit mich zurück. Eleasar, sagst du mir, hast du wirklich vorgehabt, Rebecka geliebt, den Baudhyanz geübt und die Wurzeln des holländischen studiert? Die in Brand gekleckte Pfeife wird sich als schlimmer erweisen als diese nie erprobte. Dummkopf, laß dein Glück nicht im Rauche des Augenblickes verfliegen! — Seit jenem Tage nahm ich die vor den eiferfüchtigen Blicken Rebeckas sorgfältig geschützte schlafschwere Pfeife jeden Abend unter dem Bett hervor und berührte ehrfürchtig mit den Lippen den goldenen Bernstein. Sie erinnerte mich an die Sonne und an die Brustspitze der herrlichen Frauen, die ich in den türkischen Badhäusern erblickt hatte, und die ein armer Jude im Wachen nicht zu sehen bekommt. Ich sog den Duft des Nasminholzes ein, und der Stiel schien weiche Blüten zu treiben. Darum sangen Nachtigallen, besser als der geschickteste Gelehrte. Die rote Erde erinnerte mich an die heilige Erde, in der die Knochen der Patriarchen und Propheten ruhen mit aller Weisheit, die größer ist als die der hebräischen und selbst der holländischen Bücher. So war ich mit meiner Pfeife, ohne sie zu rauchen, glücklicher als alle Türken, Griechen und Hebräer, die auf den Schwellen ihrer Häuser ihr ganzes Glück verständnislos in Wähe sich verflüchtigen ließen. Mein Sohn, ich hinterlasse dir diese Pfeife, und ich stehe dich an, denke nicht daran, durch Feuer ihren köhnen wädhchenhaften Leib zu verderben.“

Groß war der Unwille des jungen Joschua, als er diese Rede gehört hatte.

„Vater, vernimmst du nicht in die Pfeife gespuht wie ein Eunuche, sondern sie vernünftig geraucht, so hätte sie, detari durchgeraucht, jetzt einen Wert von wenigstens zehn Pfaster.“

Joschua war von stürmischer und leidenschaftlicher Gemütsart. Aufgebracht über den Verlust von acht Pfaster, noch mehr aber über die Dummheit des Vaters, der sich als weise ausgab, ergriff er die Pfeife und schlug ihren Pfeilkopf, der einer geöffneten Tulpe glich, Eleasar ben Elia um den Schädel. Entgegen der allgemeinen Ansicht, daß der Levantiner sich durch Furchtsamkeit auszeichne, blieb die Pfeife heil, obgleich die Stirn des weissen Eleasar den Elia für ihre — eines Marmarblades würdige — Härte in Saloniki berühmt war. Dagegen schloß Eleasar kurz danach für immer die durch das Lesen der holländischen Traktate verdorbenen Augen. Selbstverständlich haben damit Joschua und sein edler Unwille nichts zu schaffen gehabt. Wie aus dem Vorgegangenen zu ersehen ist, war der Greis bereit gewesen, an Rogensvergiftung zu sterben und er brachte dieses Vorhaben, nachdem er seine Belehrung beendigt hatte, zur Ausführung.

Joschua übrigens dachte in dieser Minute nicht weiter, weder über die juristische noch über die medizinische Aufklärung der unmittelbaren Todesursache Eleasar ben Elias nach, eilte in die Küche, entnahm dem Kohlenbeden ein Stückchen Kohle und machte sich eiligst daran, die geerbte Pfeife anzuräumen. Von dieser Zeit an hat er sich im Laufe von fünfzig Jahren nicht mehr von ihr getrennt. Da er fromm und gottesfürchtig war, untersuchte er späterhin seine Handlungsweise vor dem Tode seines Vaters und fand sie, überlegend, gottgefällig. Die Ehrung der Eltern bringt langes Leben, und da Joschua schon achtundsechzig Jahre alt gewesen und sich noch einer ausgezeichneten Gesundheit erfreut hatte, so war es klar, daß eine Rücksichtung seinerseits nicht vorgelegen hatte. Hinderlich hatte Eleasar selbst vor seinem Tode Joschua angedeutet, daß die Ursachen seiner, Joschuas, Geburt unklar seien, so wie sich späterhin die Ursachen von des Vaters Tod als unklar erwiesen. Endlich waren Gebote und Gesetze für den Gebrauch des Alltags gegeben und nicht für solche Ausnahmefälle wie die Vererbung einer

Konflikt auf der Abrüstungskonferenz.



— solange sich die Genfer Herren von Militaristen beraten lassen, ist mir nicht bange.

nicht gerauchten Pfeife eines pseudoweißen Vaters an seinen Sohn. Und so rauchte Joschua seine Pfeife bis zum achtundsechzigsten Lebensjahre und verkaufte sie dann nur, weil er noch mindestens dreißig weitere Jahre zu leben hoffte und beschlossen hatte, eine zweite Pfeife durchzuräumen, von der ersten, die ihm zwei Eireinen Gewinn eingebracht hatte, vollaus befriedigt.

Sorgfältig bewahrte ich die Pfeife Joschuas und rauche sie oft des Abends auf dem Diwan liegend, ohne sie jemals zu Ende rauchen zu können. Das erklärt sich nicht etwa durch ihre Geräumigkeit, sondern ausschließlich durch hohe geistige Erlebnisse. Jedesmal, wenn meine Lippen die Bernsteinspitze berühren, gedente ich des elenden Daleins Eleasar ben Elias, das zu spät durch die Lehre Joschuas gekrönt wurde. Und ich beginne zu bedauern, nicht, was mein Leben enthalten hat, sondern das Biele, was hätte sein können und nicht gewesen ist. Vor meinen Augen beginnt es von Landarten mir unbekannter Länder, von den verschiedenfarbigen Augen von mir nicht geküßter Frauen und bunten Einbänden von mir nicht geschriebener Bücher zu summern. Und ich stürze an den Schreibtisch oder an die Tür. — Da aber Reisen, Küssen oder Erzählungen schreiben mit einer so großen Pfeife, die an eine erschlossene Tulpenblüte erinnert, unmöglich ist, so bleibt sie liegen, kaum durch den ersten Hauch erwärmt. Habe ich dann aber eine neue Stadt gesehen, wo die Menschen sich vermehren und sterben wie überall, oder eine Frau geküßt, die anfangs Berse liebt, dann aber schnarchend einschläft, eine Erzählung geschrieben von einem halben Druckbogen wie tausend andere Erzählungen von Liebe oder Tod, von Weisheit oder Dummheit, kehre ich auf denselben durchgeschweerten Diwan zurück und bedauere, daß ich nicht meine Pfeife zu Ende geraucht habe.

So habe ich für zwei türkische Eireinen Gegenstand erworben, der zwischen den Zähnen eines anderen eine Quelle der Seligkeit und Ruhe gebildet, in meinen aber zu einem Tantalustisch wurde, der neben mir schäumt und doch niemals zu erreichen war.

Vom Pirol.

Er ist einer der farbenprächtigsten Vögel, der Pirol, den der Volksmund zum Pfingstvogel gemacht hat, denn sein Federkleid prangt in grellschwebendem Gelb, während Schwanz und Flügeldecken tief schwarz glänzen. Aber er ist so schön, daß er sich nur im dichtesten Raubgezwirn der höchsten Bäume aufhält. Man bekommt ihn deshalb nur selten zu Gesicht, obwohl er mit Vorliebe in der Nähe des Menschen lebt, besonders dann, wenn im Garten ein paar struchvolle Kirschbäume stehen. Seinen Namen Pfingstvogel trägt er deswegen mit Recht, weil er gewöhnlich erst im Laufe des Mai, also etwa um die Pfingstzeit, wieder bei uns eintrifft. Er scheut die Kälte, weshalb er auch schon im August, selbst wenn es noch so heiß ist, wieder forzzieht. Der gelbe Pirol hat aber auch noch andere Namen, darunter einige ganz seltsame. Der Zoologe nennt ihn seines goldglänzenden Gefieders wegen Goldamsel oder Goldbrossel; im Volk jedoch hat ihm hauptsächlich sein charakteristischer Ruf, der wunderwalle Flötenspfiff, der sich in klängevolle Verschlingungen verliert, verschiedene Namen gegeben. Schon der Name Pirol, wie auch die lateinische Bezeichnung „coriolus“, soll den Flötenton kennzeichnen, der sich ungefähr wie „Pier-pirol“ oder wie „hüo-hüo“ oder „Bälom-bälom“ anhört. In Norddeutschland nennt man den Pirol

deshalb auch häufig den „Vogel Bälom“ oder scherzhaft „Schulz von Bälom“ oder „Herr von Bälom“. Lustige Rednamen, die sich auf seinen Pfiff beziehen, sind ferner „Bierseel“, „Bierbahn“ oder „Bierholer“, denn in Mitteldeutschland deutet man seinen Ruf als: „Pflingsten, Bier holen, auslaufen, mehr holen!“ oder „Bauer, dein Bier hol!“ — „Hast Du Jopen (gehoffen), so betahlst du!“ hört der Redenburger aus dem Pfingstvogelruf oder auch „Wo geht die Wech nach Jälom?“ und „Sünd se vielleicht in Jälom?“ Außerdem heißt er auch Kirschnogel wegen seiner großen Vorliebe für die süßen Früchte, die er gar zu gern anpickt.

Auch in anderen Sprachen finden sich übrigens kennzeichnende Deutungen des Pirolrufes. So erklärt der französische Pirol, daß er die Kirchen liebe, die Kälte aber verachte, oder daß er Gott seine Sünden bekenne; der italienische fragt, ob die Feigen schon reif werden, und der toscanische Pirol seuzt nach der Geliebten. Hierzu sei erwähnt, daß beim Liebeswerben des Pirols das Weibchen auf seinen Ruf sogar antwortet, allerdings in so häßlichen, trachzenden Tönen, daß sie in den melodischen Ruf des Männchens recht ungeschön eingreifen.

Eines Kalkers Ansicht über das Duell sollte ja eigentlich als kompetent gelten können. So sei hier ein Brief Kaiser Josephs II. von Oesterreich aus dem Jahre 1771 veröffentlicht, der das Duellproblem ganz eindeutig löst: Herr General! Den Grafen A. und den Hauptmann B. schicken Sie sogleich in Arrest. Der Graf ist aufbrauend, jung, von seiner Geburt und von falschen Ehrbegriffen eingenommen — Hauptmann B. ist ein alter Kriegsknecht, der jede Sache mit Degen und Pistolen berichtigen will und welcher das Cartel des jungen Grafen sogleich mit Leidenschaft behandelte. Ich will und leide keinen Zweikampf bei meinem Heere, und verachte die Grundzüge Derjenigen, die ihn verteidigen, die ihn zu rechtfertigen suchen und sich mit kaltem Blute durchbohren. Wenn ich Offiziere habe, die sich mit Bravour jeder feindlichen Gefahr blos geben, die bei jedem sich ereignenden Falle Muth, Tapferkeit und Entschlossenheit im Angriff und in der Bertheidigung zeigen, so schätze ich sie hoch. Die Gleichgültigkeit, die sie bei solchen Gelegenheiten für den Tod äußern, dient ihrem Vaterlande und ihrer Ehre zugleich. Wenn aber hierunter Männer seyn sollten, die Alles der Rache und dem Haße gegen ihren Feind aufzuopfern bereit sind, so verachte ich dieselben: ich halte einen solchen Menschen für nichts Besseres, als einen römischen Gladiator. Eine solche barbarische Gewohnheit, die dem Jahrhundert der Tamerlane und Bajazete angemessen ist, und die oft so traurige Wirkungen auf einzelne Familien gehabt hat, will ich unterdrückt und bestraft wissen, und sollte es mir die Hälfte meiner Offiziere rauben! Noch gibt es Menschen, die mit dem Charakter von Heldennuth denjenigen eines guten Unterthanen vereinbaren, und es kann nur der seyn, welcher die Staatsgesetze verehrt. gez. Joseph.

Zwei Millionen Blinde. Mehr als 2 Millionen Blinde gibt es in der Welt nach den Schätzungen des Rödrider Gelehrten Antonio Las heroos, der das „Weltproblem der Blindheit“ in einem Auffatz der Zeitschrift der Roten Kreuz-Bereine behandelt. „Verschiedene zivilisierte Völker“, schreibt er, „haben es dahin gebracht, 50 Proz. ihrer Blinden eine Erziehung zu geben und 25 Proz. für nützliche Arbeit zu gewinnen. In vielen Ländern aber befinden sich die Blinden in einem Zustand trauriger Vernachlässigung. Die Verhinderung der Blindheit ist nach den offiziellen medizinischen Statistiken in mehr als 60 Proz. aller Fälle möglich, wenn die nötigen hygienischen und sozialen Maßnahmen getroffen werden, um die hauptsächlichsten Ursachen des Erblindens zu bekämpfen.“

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Eindrücke von der „Gesolei“.

Die große Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Selbsthilfen in Düsseldorf gibt mit ihren umfassen den Vorstellungen der amtlichen und privaten Wohlfahrts- pflege aller Richtungen ein außerordentlich anschauliches Bild von der Notwendigkeit einer planmäßigen Sozialpolitik nicht nur im Interesse der Menschen, die an ihrer Arbeitsstelle und in ihrem Heim alle Vorbedingungen einer gesunden Lebensführung erfüllt wissen wollen, sondern darüber hinaus auch vom Standpunkt der Wirtschaft als solcher. Heute nehmen die Unternehmer bekanntlich für sich allein das Recht in Anspruch, als „die Wirtschaft“ zu gelten. Forderungen der Arbeiterschaft, Ansprüche des Staates zur Erhaltung und Förderung des Gemeinwohls werden als eine Angelegenheit der Parteipolitik oder als eine verblendete „marginale“ Ideologie zurückgewiesen. Die Wirtschaft, wie sie die Unternehmer meinen, soll für sich und durch sich existieren. Soziale Fürsorge in dem heutigen Ausmaß gilt ihnen als Sport, den man betreiben kann, wenn man viel Zeit und viel Geld hat. Heute sei die Zeit dazu nicht da.

Widerprüchvolle Unternehmerpolitik.

In zahllosen Unternehmensumgebungen zeigt sich dieser Standpunkt, sei es, daß man sich gegen die angeblich zu hohen Sozialkosten, gegen die Verminderung der Verbrauchsteuern, gegen die Erhöhung der Löhne und gegen einen Ausbau der sozialen Einrichtungen der öffentlichen Hand wendet. In ihrem eigenen Hause freilich denken die meisten Unternehmer anders. Die Siemens, Bosch, Krupp, Airdor, Böglers und wie sie alle heißen, deren Name unter mancher sozialreaktionären Ausgebung steht, halten sehr darauf, ihren eigenen Angestellten und Arbeitern gewisse soziale Vorteile zuzuwenden; sie schaffen Sozialkassen, Erholungsheime, Verschönerungsstellen und andere Dinge mehr, um den ihnen erwünschten Stamm von Arbeitnehmern an ihren Betrieb zu fesseln. Sie liefern aber doch damit selbst den Beweis, daß die Selbsthilfe der organisierten Arbeiterschaft ebensoviele wie die amtliche Sozialpolitik heute noch ausreicht. Aber sie möchten ihren Neuen, wie es auch in dem Gedanken der Volksgemeinschaft zum Ausdruck kommt, in Form von sozialen Zuwendungen einen besonderen Anreiz schaffen, in dem Betriebe zu bleiben. Sie rechnen nicht mit der sozialen Kritik, die man an all diesen Maßnahmen üben muß und die nach zwei Richtungen geht. Einmal kann die private Fürsorge der Betriebe auch nur aus dem Arbeitsertrag bestritten werden. Jede Sozialprämie der Privatbetriebe stellt ein Stück einbehaltene Lohns der Gesamtbevölkerung dar. Es macht also zunächst für den Arbeitnehmer gar nichts aus, ob Herr v. Siemens oder Herr v. Bosch einen Teil des Lohnes für derartige Einrichtungen einbehält oder ob die Krankenkasse, die Gewerkschaft und die Zwangsversicherung das tun, indem sie Beiträge erheben. Nur ist ein wesentlicher Unterschied und das ist der zweite Punkt der Kritik, die an der privaten Fürsorge einsehen muß. Alle Einrichtungen der Arbeitnehmerverbände und die der sozialen Selbstverwaltung stehen unter fortgesetzter Kontrolle der Allgemeinheit und besonders der beitragspflichtigen Mitglieder. Infolgedessen kann den Hilfsbedürftigen an allen Stellen geholfen werden, soweit Mittel dafür vorhanden sind. Es kommt dabei darauf gar nicht an, ob der Hilfsbedürftige ein leitender Angestellter von Siemens oder das fleckige Kind einer Heimarbeiterin im schlesischen Erzgebirge ist. Gerade die am schwersten Ralleidenden aber, die durch die Ungunst der Konjunktur, manchmal auch durch persönliche oder politische Umstände der Betriebsleitung jetzt schon seit Jahr und Tag außer halb der Betriebe stehen, werden nur der Sozialfürsorge der Betriebe entweder überhaupt nicht oder nur in nachschubendem Uppfange erspart. Das ist ein schreiendes Mangel, den man nur durch Ausbau der staatlichen und der kommunalen Fürsorgegelder abheben kann.

Unzureichende Konzentration der Kräfte.

Man sollte meinen, daß die bisherige und nicht geringe Praxis der freiwilligen Wohlfahrtspflege der verbandsmäßigen Organisationen und der öffentlichen Sozialfürsorge in Deutschland diese Fragen schon längst wissenschaftlich geklärt haben müßte. Gerade in einem Reich, das auf allen Gebieten zu der drückendsten Sparsamkeit verurteilt ist, sollte man erwarten, daß die Kräfte nach einer Konzentration der sozialen Bestrebungen und damit auch der sozialen Abgabe pflicht drängen. Statt dessen ist das Bild trotz unaußergewöhnlicher Fortschritte der letzten Jahrzehnte noch ein durchaus buntes, um nicht zu sagen verwirrendes. Tausende von Organisationen laufen nebeneinander her; dazu kommt die wachsende ausgleichende Tätigkeit der Gemeinden und des Staates. Wo aber man immer die allgemeine und die besondere Begründung der sozialen Hilfstätigkeit findet, da ergibt sich in geradezu zwingender Weise, wie trotz der vielen zur Schau gestellten Bestrebungen das deutsche Volk noch weit von dem Ziele entfernt ist, allen seinen Schwachbütigen die notwendige Hilfe in Not, Elend und Krankheit angedeihen zu lassen. Es ist ein Weltstreit, dessen Beweggründe nur zu loben sind, wenn jede Organisation zeigen will, wie viel sie schon geleistet hat und welche Aufgaben noch zu leisten sind. Aber dieser Weltstreit ist zugleich ein schwerer Vorwurf gegen das kapitalistische System als solches, dessen Auswirkungen sich feiner zu entziehen vermag, solange nicht die Wirtschaftstätigkeit des

Volkes ausschließlich auf die möglichst vollkommene Deckung des Bedarfs der Gesamtheit an Lebens- und Kulturgütern zugeschnitten ist und solange noch der Profit als die Triebfeder der Wirtschaft angesehen werden muß. — In einem der zahlreichen Stände privater Wohlfahrtsvereine prangt das stolze Wort:

Gesundheit ist Arbeitskraft!

Tatsächlich kann die hochqualifizierte Leistung, deren die deutsche Industrie zu ihrer vollen Entwicklung nicht entzehen kann, keineswegs von kranken oder auch nur kränkenden Menschen vollbracht werden. Verheerend haben hier der Krieg und die Inflation gewirkt. Die gewaltige Zunahme des Krankenstandes bei den deutschen Krankenkassen in den Jahren 1924 und 1925 zeigt nur, ein wie großer Teil der Arbeiterschaft weit über seine körperliche Leistungsfähigkeit hinaus hinter der Maschine blieb, solange ihm Arbeit und Verdienstmöglichkeit geboten war. Erst als die Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen im großen Umfang zunahmen, ging man zum Arzt, und die Schaulbilder der Krankenkassen bestanden nur, was man von erkrankten Kassenzahlern alle Tage hören kann. Unendlich viele tragen schleichende Krankheiten in sich, deren Behandlung im Frühstadium wahrscheinlich nur kurze Zeit erfordert hätte. Aber man blieb in der Werkstatt. Jetzt, wo die Arbeitslosigkeit eingetreten ist, erst jetzt geht man vielfach zum Arzt, der dann feststellen muß, daß tatsächlich eine Krankheit vorhanden ist. Oft stellt sich dabei heraus, daß die Verzögerung der Behandlung für die Familiengemeinschaft des Arbeiters von schwerem Nachteil gewesen ist. Sehr oft aber ist bei den festgestellten Erkrankungen anzunehmen, daß die Anfänge der Krankheit weit zurückliegen. Man stelle sich vor, wenn jetzt keine Krankenkassen und keine Erwerbslosenunterstützung vorhanden wäre. Gerade ein Teil der hochqualifizierten Arbeiter, die sich durch geringe körperliche Beschwerden nicht so schnell von der harten Berufspflicht abdrängen lassen, wären jetzt zu ihrer Krankheit noch dem Hunger und damit wahrscheinlich dem vollen Siechtum preisgegeben. So aber können sie wenigstens noch vor schlimmerem Not geschützt werden. Die Industrie, die sonst immer auf die Heranbildung jugendlicher Facharbeiter so großes Gewicht legt, scheint sich dessen nicht bemüht zu sein, daß ihr unter dem Schlagwort „Kampf gegen den Marxismus“ geführter Vorstoß gegen die sozialen Kosten in Wirklichkeit ein

Kampf um viele Tausende von Menschenleben

ist, die in demselben Augenblick fehlen müßten und deren Verlust der Industrie sehr spürbar werden würde, wenn eine bessere Konjunktur den Bedarf nach Arbeitskräften wieder steigert und die Maschinen dann nicht voll laufen können, weil die zu ihrer Bedienung notwendigen Hände nicht da sind. Schaltet man also selbst alles menschliche Empfinden bei der Betrachtung dieser Dinge aus, so ergibt sich, daß Sozialpolitik auf breiterer Grundlage und im Geiste wahrhafter Solidarität aller Volksgenossen — nicht als Sozialprämien einzelner Betriebe — im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt, nicht zuletzt auch im Interesse der Unternehmer, die ja schließlich nicht allein mit ihren Gewinnfreunden die riesigen Betriebsanlagen in Gang halten können.

Sozialismus als Lösung.

Die Gesolei hat viele Kräfte in Bewegung gesetzt, um die Notwendigkeit und die innere Berechtigung der sozialen Fürsorge und der sozialen Selbsthilfe zu veranschaulichen. Es ist ein stolzes Werk, das in Düsseldorf geschaffen wurde, ein Werk, das schon seine Aufgabe erfüllt hat, wenn es das soziale Bewusstsein der Arbeiterschaft aus eigener Kraft an sozialen Einrichtungen schuf, wie der Kampf um den höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, die Kraftentfaltung der Industrie noch gefördert hat, das tritt an vielen Stellen zutage. Besonders einwirkend ist hier die Halle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die mit ihrer architektonischen Eigenart schon äußerlich stark auffällt, und in der die Entwicklung von der Fronarbeit des schulpflichtigen Industriearbeiters in der frühkapitalistischen Epoche bis zur Gegenwart aufgezeigt wird. Was gewerkschaftliche Organisationskraft vermocht hat, das ist hier in einer Anschaulichkeit dargestellt, die hoffentlich manches Verurteilte bürgerlicher Kreise gegen die gewerkschaftliche Tätigkeit beseitigen helfen wird.

Es ist natürlich nicht möglich, die zahllosen Einzelheiten in den riesigen Ausstellungshallen der Gesolei auch nur andeutungsweise so zu schildern, wie es der Größe der hier geleisteten Arbeit entspricht. Wünschen möchte man aber, daß recht viele Arbeiter hingehen, um zu lernen, wo ihre Stärke ruht und wie sie ihrem Recht auf menschenwürdige Existenz durch ihr Zutreten in der Verbandsfähigkeit und im Staate Nachdruck verleihen können. Vielen wird erst hier bewußt werden, was in einer der Hallen mit großer Eindringlichkeit und Sinnfälligkeit zum Ausdruck gebracht wird: daß nur der Sozialismus die Lösung der ungeheuren Konflikte bringen kann, die in der auf den Profit eingestellten kapitalistischen Wirtschaft zwangsläufig auftreten müßten, und an deren Beseitigung heute so zahlreiche Kräfte — vielfach mit Erfolg, noch lange aber nicht mit durchschlagender Wirkung — tätig sind!

verschoben. Aus dem Bankguthaben mit 2,08 gegen 2,47 Millionen ist in Verbindung mit den gegen das Vorjahr noch verringerten Rücklagen (61: 692 Millionen) zu schließen, daß Bankguthaben nicht vorhanden sind. Das Verhältnis der Forderungen zu den Verpflichtungen gegenüber den Tochtergesellschaften ist etwas ungünstiger geworden. Die Warenbestände sind mit 9,57 gegen 8,29 Millionen bei vorsichtiger Bewertung nicht unerheblich höher. Der Gewinn wird vorgezogen.

Konzentration in der Automobilindustrie.

Die neue Daimler-Benz A. G.

Der mehrfach angekündigte Ausbau der seit 1924 bestehenden Interessengemeinschaft zwischen der Daimler Motorenwerke A. G., Berlin-Stuttgart und der Benz u. Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik A. G., Mannheim, wird jetzt vollzogen. Die Aufsichtsräte beider Gesellschaften haben beschlossen, den Ende Juni stattfindenden Generalversammlungen die Verschmelzung vorzuschlagen. Das Umtauschverhältnis der Aktien ist 1:1; das vereinigte Unternehmen soll die Firma Daimler-Benz A. G. führen.

Damit ist in der deutschen Motoren- und Automobilindustrie für die kommende Entwicklung ein Marktstein gesetzt. Es sind die beiden kapitalstärksten Autowerke, die hier verschmolzen werden. Daimler hat ein Aktienkapital von 36,4 Millionen, Benz ein Aktienkapital von 20,9 Millionen Mark. Und wenn die Fusion auch nicht, wie mehrfach vermutet, noch andere große süddeutsche Firmen einbeziehen wird, so handelt es sich doch bei diesem Uebergang von der Interessengemeinschaft zur Vollfusion um einen neuen Vorgang der Verstrukturierung, die in neuerer Zeit für Deutschland so symptomatisch geworden ist und in der Automobilindustrie auch nicht ohne Nachfolge bleiben wird.

Wie der Zug zum Trust in Deutschland heute ganz allgemein entweder ein Zeichen der Krisennot oder der stark verschärften Konkurrenzbedingungen ist, so ist die Fusion Daimler-Benz auch nicht als Zeichen der Stärke anzusehen. Die Interessengemeinschaft von 1924 hatte schon den einzigen Zweck, durch Vereinheitlichung der Konstruktion und Fabrikation, des Ein- und Verkaufes sowie der Abschreibungskosten zu sparen und angesichts der schwierigen Geschäftslage der Automobilindustrie die Grundfragen der Rentabilität zu verbessern. Seitdem ist die Geschäftslage der Automobilindustrie nicht günstiger geworden; im Gegenteil, seit dem vorigen Herbst ist die Lage sehr schlecht, und die Hoffnungen, daß sie sich zum Frühjahr 1926 nachdrücklich bessern werde, wurden gründlich enttäuscht. Das hat sich auch in den Jahresabschlüssen der beiden Werke geltend gemacht. Daimler verzeichnet nach 1,63 Millionen Abschreibungen einen Reingewinn von 221 000 M., Benz nach 1,07 Millionen Abschreibungen einen Reingewinn von 136 000 M. Man muß sich wundern, daß Daimler überhaupt noch einen Reingewinn ausweist, nachdem eine Zwischenbilanz zum 31. Juli 1926 (also noch während der Hochkonjunktur) schon einen Verlust von 90 000 M. zeigte; und man darf vermuten, daß bei den Abschlüssen für 1925 schon unter dem Gesichtspunkt der Verschmelzung die Verluste und Gewinne ausgeglichen worden sind. Die Bilanzen selbst liegen übrigens noch nicht vor.

Ueber die näheren Gründe der Fusion, ob von den stark interessierten Großbanken oder mit Rücksicht auf zu beschaffende Auslandskredite die Verschmelzung forciert worden ist, ist noch nichts bekannt. Sicher aber ist, daß die Verschuldung bei beiden Werken, nicht zuletzt durch den Ausbau der Serien- und Fließfabrikation, der die erwartete Konjunktur nicht folgte, sehr hoch ist. Wie weit daher die Verschmelzung den beiden Werken Nutzen bringen wird, bleibt abzuwarten.

Reichskredite für die Flanenshiffahrt. Dem Reichskabinett liegt ein Gesetzentwurf über einen Sonderkredit zugunsten der deutschen Binnenhiffahrt vor, der demnächst dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Danach will das Reich drei Schiffshypothekenbanken einen Kredit von 4 1/2 Millionen gewähren. Das Reich erhält zur Sicherung Pfandbriefe von diesen Hypothekenbanken, die besonders niedrig verzinst sind, und zwar nur mit 2 Proz. In dieser niedrigen Verzinsung liegt der Subventionscharakter des Kredits. Die drei Banken wollen nämlich in gleicher Höhe noch Pfandbriefe am offenen Markt unterbringen, die mit 5 Proz. verzinst sind, so daß sich die Kosten des Gesamtkredits (ohne Emissions- und Verwaltungskosten) etwa auf 5 Proz. belaufen.

Der Stand der deutsch-russischen Kreditverhandlungen. Zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Russischen Handelsvertretung einerseits und den Banken andererseits finden zurzeit wieder Besprechungen über die praktische Durchführung des 300-Millionen-Kredits statt. Während man in Bankkreisen annahm, daß eine Einigung auf Grund einer bestimmten Formel noch in dieser Woche erzielt werden könne, scheint doch die Festlegung dieser Formel noch allerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Man ist den russischen Wünschen allerdings schon sehr weit entgegengekommen. Für die deutsche Wirtschaft ist Voraussetzung für die Beteiligung an diesem Kredit die sofortige Erteilung entsprechender Aufträge der Russen an die deutsche Industrie. Auf russischer Seite ist man bemüht, Garantien dafür zu erhalten, daß die Preise für die zu liefernden Waren mit Rücksicht auf die Verzinsung des Kredits nicht etwa eine Erhöhung erfahren.

Hugenburgs Filmplett. Hugenburg hat Vech. Erst muß er ute Sandbank an die ihm so verhaßte preussische Regierung abgeben, dann verdirbt ihm diese den so schon vorbereiteten Putz und jetzt kommt die Deulig-Him-L.G., sein Filmunternehmen, und merkt erhebliche Verluste, die eine Zusammensetzung des Aktienkapitals im Verhältnis 10:4 notwendig machen. Gleichzeitig soll das Kapital der Gesellschaft um 700 000 M. erhöht werden. Das Kapital beträgt zurzeit 2,75 Millionen Mark. Nach der Zusammenlegung und Wiedererhöhung hat die Gesellschaft 1,8 Millionen Mark Kapital. 1924/25 schloß die Bilanz mit einem Verlust von 527 000 Mark. In dem Kommuniké, das die Gesellschaft veröffentlicht hat, heißt es, daß die Verhältnisse auf dem europäischen Markt, verursacht durch die Expansion der Amerikaner, zu besonders vorsichtiger Finanzgebarung zwingen. Informatorisch teilt die Verwaltung mit, daß die jetzige Höhe des Aktienkapitals keine angemessene Verzinsung erlaube und daß die eigentliche Ursache der Kapitalsherbereitung darin zu erblicken sei, daß einige Posten in der Bilanz, insbesondere die Beteiligung an der Deutschen Lichtspielgesellschaft und die Theaterabteilung zu hoch bewertet waren. Die Gesellschaft besaß in Berlin ein eigenes Theater, die Alhambra, die sie abgestoßen hat. Sie verfügt jetzt noch über 13 Provinztheater. In der Produktion für die neue Saison will sie sich die größte Zurückhaltung auferlegen. Sie will bei der Herstellung von Filmen mehr auf die Qualität als auf die Quantität setzen. Diese diplomatische Ausdrucksweise für das Fehlen von Mitteln zu einer größeren Produktion kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die finanzielle Lage des Unternehmens zurzeit alles andere als gesund ist, und der nationalpolitische Ton, den sie in ihrem Kommuniké anschlägt, ist wohl daraus zu erklären, daß sie sich ganz gerne von den Amerikanern helfen ließe.

Der Rückgang des Eisenbahnbedarfs.

Zur Entwicklung der Drenstein u. Koppel A. G.

Die Drenstein u. Koppel A. G. war in der Vorkriegszeit eine der glanzvollsten und auch im Ausland bekanntesten deutschen Unternehmungen. Fast reiflos auf Eisenbahnbau und sämtliches rollendes und feste Eisenbahnmateriale, daneben auf Baumaterialienexport eingestellt, leistete heute der Auftragsmangel des Inlands ebenso schwer auf ihr wie die verheerende Konkurrenz im Ausland. Noch deutlicher als aus dem diesjährigen Geschäftsbericht allein ergibt sich die Wirkung der allgemeinen wirtschaftlichen Depression aus dem Vergleich mit der Vorkriegszeit. Die gesamte Bilanzsumme ist heute mit 50 gegen 98 Millionen 1913 gerade halb so hoch. Der Warenbestand betrug damals 28,50 Millionen, Ende 1925 9,57 Millionen, die Forderungen an Käufer damals 20,42 Millionen, heute 7,02 Millionen, die Warenschulden 16,32 gegen heute 6,61 Millionen. Natürlich wirkt sich der große Leerlauf der Anlagen auch in den Gewinnen aus: für 1913 ist ein Reingewinn von 7,47 Millionen, für 1925 (einschließlich des Vortrags) ein solcher von 0,76 Millionen verzeichnet.

Der Vergleich zeigt aber nicht nur die aus der Konjunkturlage selbstverständlichen Rückgänge; er gibt auch Anlaß zur Kritik. Obwohl die Geschäfte halbiert bis gedrittelt sein dürften (Umsatzjiffern werden im Gegenhalt zur Vorkriegszeit verschwiegen) und obwohl die Gesellschaft durch den Krieg sehr schwere Auslandsverluste hatte, die sie nur in Amerika mit 7 Millionen einmal wieder einbringen hofft, ist das Vorkriegskapital von 45 Millionen auf 36 1/2 Millionen ermäßigt. Für den heutigen und in absehbarer Zeit erreichbaren Uberschlag ist das Unternehmen also zu sehr mit Gewinnansprüchen belastet. Dann wäre gerade heute es nötig, wo die Gesellschaft sich ihren alten Wirkungsbereich wiederherzustellen und einen neuen aufzubauen sucht, die Geschäftsberichte weniger schweig-

sam sein zu lassen. In der Vorkriegszeit, als es gut ging, wurden neben der ausführlichen eigenen Bilanz auch die Bilanzen der hauptsächlichsten Tochtergesellschaften und Beteiligungen gegeben; außerdem Umsatzjiffern, Belegschaftsziffern, genaue Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzposten. Ueber alle diese Dinge bleibt die Öffentlichkeit heute im dunkeln. Diese Schweigsamkeit, die allerdings das Uebel fast aller Geschäftsberichte ist, kann der Gesellschaft nicht nützen; sie kann ihr nur schaden.

Für 1925 wiederholt der Geschäftsbericht natürlich die Klagen, die uns aus der allgemeinen Lage der Eisenbahnbau- und Eisenbahnbedarfsindustrie bekannt sind. Soweit die fehlenden Waggonaufträge in Frage kommen, habe die Gesellschaft durch Hereinnahme von Straßenbahn- und Hochbahnaufträgen auszugleichen versucht. Für die ausbleibenden Lokomotivenaufträge der Reichsbahn (die Reichsbahn hat 7000 Lokomotiven überzählig!) sei kein Erfolg zu beschaffen gewesen. Auch der Wiederaufbau des Exportgeschäftes konnte gegenüber dem starken Wettbewerb nur geringe Fortschritte machen. Ueber das Vermietungsgeschäft in Kesselwagen insbesondere, für das im vorigen Jahre von der Siemens-Niebeck-Montan-Verl.-A. G. 800 Kesselwagen erworben wurden, wird nichts gesagt. Es mag ein richtiger Gedanke sein, für bessere Zeiten die Unternehmung gesund zu erhalten, auch bei ungenügender Beschäftigung. Aber man hat doch den Eindruck, daß die Verwaltung sehr konservativ ist und sich mit ihren zahlreichen Filialen im Inland und Ausland und dem entsprechenden Verwaltungsapparat übermäßig belastet.

Von den sieben Fabriken wird ein Betriebsüberblick gemeldet von 1,96 Millionen Mark, der sich um Zinseinnahmen und dem Jahresvortragsbeitrag auf 3,19 (im Vorjahr 3,24) Millionen erhöht. Verwaltungskosten betragen 1,35 (1,60) Millionen, auf Abschreibungen kommen 0,88 (0,93) Millionen, so daß sich ein Reingewinn von 0,76 Millionen ergibt (neu aus 1925 nur 41 500 M.). Die Bilanz zeigt deutlich das Bestreben, den Betrieb nicht zu

KAFFEE HAG
sichert den ruhigen Gang
Ihrer Lebensuhr, Ihres Herzens